

Integration – den Begriff erweitern

Debatte versachlichen und Herausforderungen annehmen

Nachhaltigkeit durch Integration

Nachhaltige Kostenrechnung

Mit Ergänzungsleistungen Armutsrisiken auffangen

Auf dem Weg zur sozialen Stadt

Soziale Stadt und Sozialpolitik als Verbundaufgabe

Strategie 2015 der Städteinitiative Sozialpolitik

Sozialpolitik öffnen und
vernetzt handeln

Städteinitiative Sozialpolitik:
Strategie 2015



Dank

Folgende Expertinnen und Experten waren bereit, der Städteinitiative Sozialpolitik in einem Gespräch ihre Einschätzungen, Positionen und Umsetzungsvorschläge für eine nachhaltige Sozialpolitik der Zukunft darzulegen – ihnen sei an dieser Stelle herzlich gedankt:

Erwin Carigiet, Präsident der Schweizerischen Vereinigung für Sozialpolitik SVSP

Matthias Drilling, Fachhochschule Nordwestschweiz, Institut Sozialplanung und Stadtentwicklung

Ludwig Gärtner, Vizedirektor, Leiter des Geschäftsfeldes Familie, Generationen und Gesellschaft, Bundesamt für Sozialversicherungen BSV

Urs Geissmann, Direktor des Schweizerischen Städteverbandes

Kathrin Hilber, Regierungsrätin Präsidentin der Konferenz der kantonalen Sozialdirektor/-Innen SODK

Marco Hüttenmoser, Dokumentationsstelle Kind und Umwelt

Claudia Kaufmann, Ombudsfrau der Stadt Zürich

Carlo Knöpfel, Leiter Bereich Grundlagen, Caritas Schweiz

Daniel Kübler, Institut für Politikwissenschaft, Universität Zürich

Iwan Rickenbacher, Kommunikation und Beratung, Schwyz

Boris Zürcher, ehemals Generalsekretariat Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement

Impressum

Herausgeberin: Städteinitiative Sozialpolitik

www.staedteinitiative.ch

Redaktion:

Frauke Sassnick Spohn, Sa.S. Büro für Sozialpolitik, Winterthur

Kapitel Sozialhilfe: Rolf Maegli, Basel

Kurzfassung: Marietherese Schwegler, Kommunikationsberatung, Luzern

Fachbegleitung:

Michael Hohn

Heidi Gstöhl, St. Gallen

Rolf Maegli, Basel

Jeannine Meier, Aarau

Ernst Reimann, Zürich

Ernst Schedler, Winterthur

Die Strategie 2015 wurde am 9. November 2007 an der Herbstkonferenz in Grenchen durch die Mitglieder der Städteinitiative Sozialpolitik verabschiedet.

Inhaltsverzeichnis

Integration – den Begriff erweitern	3
Das Wichtigste in Kürze.....	4
Editorial: Den Wandel gestalten – eine Verbundaufgabe	8
Was bisher gelungen ist: Zwischenbilanz und Ausblick.....	10
Die Städte am Puls der Zeit: Sozialpolitische Herausforderungen	12
Sozialpolitik in Zukunft: Nicht ohne die Städte	12
Polarisierung: Die Debatte versachlichen	12
Wachsende Unsicherheit: Prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse meistern	12
Neue soziale Fragen: Antworten gesucht	13
Kinder und Jugendliche: In Förderung investieren.....	13
Was die Städteinitiative Sozialpolitik will: Nachhaltigkeit durch Integration	15
Prävention: Kommenden Generationen verpflichtet	15
Integration: Schlüsselbegriff mit Definitionsbedarf	15
Integrationspolitik: Mehr als Ausländerpolitik	16
Desintegration: Nicht in Kauf nehmen.....	16
Pfeiler einer nachhaltigen Sozialpolitik: Existenzsicherung... ..	18
Mit Fakten gegen Vorurteile antreten	18
Mit Frühwarnsystemen Zeit gewinnen.....	18
Mit nachhaltiger Budgetierung Kostenwahrheit schaffen	19
Mit Sozialhilfe Wege aus der Desintegration weisen	19
Mit Ergänzungsleistungen Armutsrisiken auffangen	20
Mit Koordination gemeinsame Ziele erreichen.....	22
... und Integrationsförderung.....	23
Vernetzung stärken – Integrationschancen nutzen	23
Auf dem Weg zur Sozialen Stadt	23
Betreut und begleitet heranwachsen.....	24
Früh gefördert – gut gestartet.....	24
Anschluss schaffen.....	25
Geschätzt an der Arbeit – dank demografischem Druck.....	26
Selbständig wohnen im Alter und bei Behinderung	27
Sozialpolitik öffnen und vernetzt handeln – Strategie 2015	
Zur Debatte gestellt: Strategie für eine nachhaltige Sozialpolitik.....	28
Leitlinien der Städteinitiative Sozialpolitik.....	28
Integration – ohne Wenn und Aber	29
Strategie 2015 der Städteinitiative Sozialpolitik.....	30
Quellen	33

Integration – den Begriff erweitern

In der Strategie 2015 der Städteinitiative Sozialpolitik wird Integration zum Schlüsselbegriff. Er steht für die Vision einer Sozialen Stadt, in der Bewohnerinnen und Bewohner sich gesellschaftlich, beruflich, kulturell beteiligen. Eine Stadt mit Raum für eine Vielfalt von Menschen und Gruppen, die unterschiedliche Lebensentwürfe verwirklichen können. Eine Stadt, die auch den Schwächeren Chancen bietet. Integration als Bild für Zugehörigkeit, Akzeptanz und Gleichwertigkeit, Integration als Prävention gegen sozialen Ausschluss.

Dies erfordert eine nachhaltige Politik, die den sozialen und den gebauten Lebensraum so gestaltet, dass er dem Zusammenleben von Kindern und Berufstätigen, Jungen und Alten, Menschen mit und ohne Schweizerpass förderlich ist. Die Städteinitiative Sozialpolitik plädiert für eine integrierte Stadtentwicklung als Verbundaufgabe, die Bildung und Soziales, Gesundheit und Freizeit, Wirtschaft und Finanzen, Bauen, Kultur und Mobilität mit einschliesst und der ökologischen Nachhaltigkeit verpflichtet ist.

Ein solch umfassendes Verständnis von Integration ist der gemeinsame Nenner, der sich 2007 aus den Diskussionen in der Arbeitsgruppe Strategie und in den Workshops an der Frühlingskonferenz der Städteinitiative Sozialpolitik zur Strategie 2015 ergeben hat.

Heute wird Integration assoziiert mit Ausländerinnen und Ausländern oder mit behinderten Menschen. In der Sozialhilfe meint soziale und berufliche Integration vor allem die Möglichkeit für alle, beschäftigt zu sein – mit Erwerbsarbeit oder gemeinnütziger Arbeit.

Die Städteinitiative Sozialpolitik will diesen eng verstandenen Begriff öffnen.

Das Wichtigste in Kürze

Sozialpolitik öffnen und vernetzt handeln

Die Städteinitiative Sozialpolitik verfolgt seit den Neunzigerjahren des letzten Jahrhunderts beharrlich ihre Anliegen:

- auf sozial- und gesellschaftspolitische Herausforderungen hinzuweisen, die sich in den Städten oft zuerst und am deutlichsten manifestieren,
- innovativ auf Probleme zu reagieren und den Austausch unter den Städten zu pflegen,
- die Stimmen der Städte zu stärken, gegenüber den Kantonen, dem Bund und der Öffentlichkeit,
- auf eine verbesserte Zusammenarbeit und eine gemeinsame Strategie aller Akteure – Bund, Kantone und Gemeinden, aber auch Wirtschaft und private Institutionen – hinzuwirken.

An der langjährigen Erfahrung und der in vielen Punkten erfolgreichen Arbeit knüpft die Städteinitiative Sozialpolitik mit der Strategie 2015 an, mit der sie die Richtung für die Politik der kommenden Jahre vorgibt. Sie hält an den Kernforderungen fest, die hauptsächlich die Existenzsicherung für alle zum Ziel haben. Künftig öffnet sie jedoch den Fokus auf eine vermehrt präventiv und nachhaltig wirkende Politik – im Sinn der einleitend definierten, umfassenden Integrationspolitik.

Dazu verpflichten sich die Mitgliederstädte zuerst selber. Die Städteinitiative Sozialpolitik fordert aber auch verbindlich mehr Mitsprache auf Bundesebene und beruft sich auf Artikel 50 der Bundesverfassung, der verlangt, dass auf die besondere Situation der Städte Rücksicht zu nehmen sei.

Debatte versachlichen und Herausforderungen annehmen

Die sozialpolitische Debatte ist zunehmend polarisierend und wird der sozialen Wirklichkeit kaum gerecht. Sie vereinfacht und reduziert auf Einzelfälle, statt strukturelle Probleme zu benennen:

- Prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse und in der Folge Einkommensschwäche, Armut und soziale Desintegration nehmen zu.
- Bildungschancen und der Zugang zum Arbeitsmarkt sind ungleich verteilt.
- Sozialhilfe und Sozialversicherungen stehen unter Legitimationsdruck; die Missbrauchthematik überschattet andere Mängel, aber auch die tatsächlichen Leistungen.
- Kosten für die soziale Sicherung werden zunehmend auf die Sozialhilfe und damit auf die Städte verlagert.
- Die soziale Sicherung wird in Einzelsystemen statt als Gesamtes betrachtet; eine vernetzte Weiterentwicklung fehlt.
- Investitionen in präventive Ansätze, zum Beispiel die Frühförderung von Kindern, haben zu wenig Gewicht.

Die Städteinitiative Sozialpolitik will mit der Strategie 2015 die Debatte versachlichen und einen konsequent präventiven Ansatz zur Diskussion stellen. Die politische Kommunikation wird zu diesem Zweck verstärkt.

Nachhaltigkeit durch Integration

Sozialpolitik hat die Aufgabe, soziale Ungleichheiten zu mindern, die materielle Existenz aller zu sichern und Armut und Armutsgefährdung zu bekämpfen. Eine nachhaltige Sozialpolitik, wie sie die Städteinitiative Sozialpolitik anstrebt, setzt einen weiteren Schwerpunkt bei der Integrationsförderung. Es geht darum, die Rahmenbedingungen des Zusammenlebens für alle Bevölkerungsgruppen so zu gestalten, dass sie präventiv gegen sozialen Ausschluss und Armut wirken. Damit können hohe materielle und gesellschaftliche Folgekosten vermieden werden. Gefordert sind Massnahmen zur Integra-

tion in den Regelstrukturen Schule, Berufsbildung, Arbeitsmarkt, Gesundheitspolitik, Soziale Sicherheit. Integration im engeren Sinn ist auch in der Sozialhilfe zu verstärken.

Desintegration verhindern heisst vorausschauend und rechtzeitig handeln. Dazu brauchen die Städte Frühwarnsysteme; kontinuierliche Beobachtung von gesellschaftlichen Entwicklungen, Früherkennung, Sozialberichterstattung sind Instrumente dazu.

Nachhaltige Kostenrechnung

Nachhaltigkeit ist auch bei den Kosten einer klugen Sozialpolitik angesagt. Eine nachhaltige Budgetierung berücksichtigt nicht nur den Aufwand, sondern ebenso die mittel- und langfristigen sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erträge und verhinderten Schäden von Investitionen. Erst so wird die viel geforderte Kostenwahrheit sichtbar. Dieser noch selten praktizierte Ansatz einer nachhaltigen Budgetierung verdient es, angesichts des Spannungsfeldes zwischen sozialpolitischem Bedarf und finanzpolitisch engem Spielraum, vermehrt beachtet zu werden.

Mit Ergänzungsleistungen Armutsrisiken auffangen

Die Soziale Sicherheit muss gesichert und an die neuen Realitäten angepasst werden. Hierfür stellen die Ergänzungsleistungen zu den Sozialversicherungen ein tragfähiges Modell dar, mit dem auch weitere strukturelle Armutsrisiken aufgefangen werden können, vor allem

- das Armutsrisiko Kinder
- das Armutsrisiko Frühpensionierung
- das Armutsrisiko Pflegebedürftigkeit.

Bis solche Ergänzungsleistungen auf Bundesebene eingeführt sind, werden noch Jahre vergehen. Zeit, in der die Städte einmal mehr einen Schritt vorausgehen und mit der Ausrichtung von Zusatzleistungen auf kommunaler Ebene Armut bekämpfen können.

Auf dem Weg zur sozialen Stadt

Die Städteinitiative Sozialpolitik setzt sich dafür ein, dass das Soziale in der strategischen Stadtentwicklung künftig stärker gewichtet wird. Lebensqualität und soziale Integration für alle werden als Ziele aufgewertet. Stadtentwicklung bündelt zielgerichtet Massnahmen aller Politikfelder: Gesundheit, Bildung, Arbeiten, Wohnen, Kultur und Sport sowie Soziales. Für die Lebens- und Standortqualität sind die verschiedenen Formen des Zusammenlebens ebenso wichtig wie materielle Ressourcen und die Umweltqualität. Letztlich bestimmt die Qualität der sozialen Integration, wie sich das Verhältnis zu benachteiligten Menschen gestaltet; wie kinderfreundlich das Wohnumfeld ist; wie das Zusammenleben mit der ausländischen Bevölkerung gelingt; ob Konflikte unter Jugendlichen konstruktiv gelöst werden oder in Gewalt ausarten. Verschiedenste Akteure fördern auf ihre Art und Weise Integration: die Zivilgesellschaft, Freiwillige, private Organisationen, Vermieter, Kirchen, Schulen, die Wirtschaft und die öffentliche Hand. Stadtentwicklung hat auch die Agglomeration mit einzubeziehen, denn die sozialen Problemzonen verlagern sich zunehmend in die Vorstädte.

Um die Vision der Sozialen Stadt zu konkretisieren, müssen unter anderem folgende Ziele und Aufgaben umgesetzt werden:

- Frühförderungsangebote, familienergänzende Kinderbetreuung, Erziehungs- und Gesundheitsberatung sind niederschwellig zugänglich, Schulsozialarbeit wird flächendeckend angeboten.
- Jugendliche werden beim Übergang von der Schule in die Ausbildung bei Bedarf unterstützt.
- Familienfreundliche Arbeitsmodelle, Gleichstellung und Weiterbildung werden gefördert, nicht formelle Erfahrungen und Leistungen vermehrt anerkannt.

- Selbständigkeit im Alter wird mit geeigneten Massnahmen in der Alters-, Gesundheits- und Wohnungspolitik unterstützt; ambulante Dienste ermöglichen den möglichst langen Verbleib in der eigenen Wohnung und soziale Kontakte.

Soziale Stadt und Sozialpolitik als Verbundaufgabe

Die neue, auf Prävention und Integration setzende Strategie kann die Städteinitiative Sozialpolitik nicht im Alleingang umsetzen. Der thematisch breite Ansatz erfordert Koordination und Kooperation. Zunächst innerhalb der Städte über die verschiedenen Politikfelder hinweg, aber auch zwischen den drei staatspolitischen Ebenen. Die Städteinitiative Sozialpolitik setzt auf gemeinsame Ziele und partnerschaftliche Modelle der Zusammenarbeit mit den Kantonen und dem Bund.

Strategie 2015 der Städteinitiative Sozialpolitik

Die Städteinitiative Sozialpolitik bietet Bund und Kantonen ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit an.

Die Städteinitiative Sozialpolitik

- bekennt sich zum kooperativen Föderalismus,
- setzt sich dafür ein, dass die Städte bei den für die kommunale Sozialpolitik relevanten Geschäften und Legiferierungsvorhaben von Anfang an, nicht erst in der Vernehmlassung, einbezogen sind,
- plädiert dafür, dass Städte, die innovative Problemlösungen erarbeiten, bei der Umsetzung angemessene Unterstützung durch Bund und Kantone erfahren.

Die Städteinitiative Sozialpolitik plädiert für eine präventive Sozialpolitik.

Die Städteinitiative Sozialpolitik

- plädiert für eine präventive Sozialpolitik mit den gleichgewichtigen Pfeilern Existenzsicherung und Integrationsförderung,
- greift das Thema Prävention mit Fokus Kinder als neues Kerngeschäft auf,
- kommuniziert ihr Verständnis von präventiver Sozialpolitik als Verbundaufgabe.

Die Städteinitiative Sozialpolitik vernetzt und kommuniziert.

Die Städteinitiative Sozialpolitik

- kann eine präventive Sozialpolitik nicht selber umsetzen und setzt deshalb auf Allianzen und Vernetzung.
- kommuniziert ihre Positionen und sucht den Dialog mit Politik, Fachwelt und Öffentlichkeit.
- kommuniziert die positiven Leistungen der Sozialhilfe für den gesellschaftlichen Zusammenhalt (sozialer Frieden).

Die Städteinitiative Sozialpolitik setzt sich ein für mehr Koordination in der Sozialen Sicherheit.

Die Städteinitiative Sozialpolitik

- setzt sich ein für eine solide Finanzierungsbasis der Sozialen Sicherheit und eine Finanzpolitik, die die hohen Zentrumslasten der Städte anerkennt und ausgleicht,
- setzt sich zur Wehr gegen Kostenverlagerungen zwischen den Systemen der Sozialen Sicherheit zu Lasten der kommunalen Ebene und der Sozialhilfe,
- plädiert für die Einrichtung eines „Triologs Sozialpolitik Schweiz“, analog zur Nationalen Gesundheitspolitik,¹
- postuliert auf Bundesebene ein Rahmengesetz für mehr Koordination und eine einheitliche Steuerung der Systeme der sozialen Sicherheit,
- erachtet die bessere Abstimmung der kantonalen Steuersysteme mit der Sozialhilfe sowie eine verbesserte Koordination der verschiedenen kantonalen bedarfsabhängigen Sicherheitssy-

- steme als zwingend, um negative Schwelleneffekte beim verfügbaren Einkommen zu reduzieren oder aufzuheben,
- setzt sich ein für die Einführung von Ergänzungsleistungen an einkommensschwache Familien.

Die Städteinitiative Sozialpolitik setzt sich ein für Integrationsförderung.

Die Städteinitiative Sozialpolitik:

- greift das Thema Integrationsförderung als neues Kerngeschäft auf.
- schlägt eine Öffnung des Integrationsbegriffs vor.
- postuliert, dass die Reduktion von Integrationspolitik auf Ausländerpolitik zu kurz greift.
- setzt sich ein für die Stärkung aller Familien und die Förderung von Kindern und Jugendlichen.
- setzt sich ein für eine zielgerichtete, koordinierte Unterstützung von gefährdeten Kindern und Jugendlichen.
- unterstützt die interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule der EDK, (HarmoS-Konkordat) vom 14. Juni 2007.²
- unterstützt die Koordinationsbemühungen von EDK, SODK und VDK zur beruflichen und sozialen Integration junger Menschen.³
- setzt sich ein für den verstärkten Einbezug der Sozialplanung in der Stadtentwicklungspolitik.
- sucht den Dialog zum Thema Stadtentwicklung und positioniert das Thema Soziale Stadt als Verbundaufgabe.

Die Städteinitiative Sozialpolitik sorgt für die Balance zwischen Zielsetzungen und vorhandenen Ressourcen.

Die Zielsetzungen der Strategie 2015 sind ambitiös. Sie beruhen auf dem gestiegenen Stellenwert und der zunehmenden politischen Beachtung der Städte einerseits sowie den steigenden Zentrumslasten andererseits. Die Umsetzung liegt in vielen Bereichen nicht in der Zuständigkeit der Städteinitiative Sozialpolitik.

Für die Umsetzung der Zielsetzungen im Zuständigkeitsbereich der Städteinitiative Sozialpolitik sind entsprechende Ressourcen erforderlich. In jenen Handlungsfeldern, wo sie selber tätig sein kann und will, nimmt die Städteinitiative Sozialpolitik eine Prioritätensetzung vor, die laufend nach politischen Kriterien und vorhandenen Ressourcen angepasst wird. Je nachdem wird das Engagement der Städteinitiative Sozialpolitik unterschiedlich intensiv ausfallen oder es wird darauf verzichtet, aktiv zu werden.

In jedem Fall kommuniziert die Städteinitiative Sozialpolitik proaktiv, kontinuierlich und professionell über ihre Arbeit.

Editorial: Den Wandel gestalten – eine Verbundaufgabe

Die sozialen Fragen erkennen – die Sozialpolitik gemeinsam gestalten

Wir leben in guten Zeiten. Die Wirtschaft läuft, die öffentlichen Hände schreiben gute Rechnungsabschlüsse, die Arbeitslosigkeit geht zurück und auch die Fallzahlen der Sozialhilfe neigen zur Abnahme. Selbst die Rentenzahlen der Invalidenversicherung sind rückläufig. So weit, so gut.

Die heutige Situation kann auch weniger rosig gesehen werden. Trotz bestem Gang der Wirtschaft sind noch immer Zehntausende von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Fallzahlen der Sozialhilfe haben noch im Jahre 2006 eine Rekordhöhe erreicht und gehen nur langsam zurück. Und es ist unbestritten: Auch die Schweiz kennt Armut.

Die Erfahrungen der Städte seit den frühen 90er-Jahren beweisen nicht nur, wie schnell sich alles ändern kann. Diese Erfahrungen zeigen auch:

- welche gesellschaftlichen Probleme sich in den letzten Jahren herausgebildet haben,
- welche Fragen die Sozialpolitik unbedingt anpacken muss,
- wie diese bewältigt werden könnten und
- mit welchen strukturellen Problemen die Städte als dritte Staatsebene konfrontiert sind.

Vor diesem Hintergrund hat die Städteinitiative Sozialpolitik eine Strategiediskussion geführt, die über die kurzfristige Problembewältigung hinausgeht. Ergebnis ist die vorliegende Strategie 2015: Der Versuch, eine nachhaltige, der Prävention verpflichtete Sozialpolitik zu skizzieren.

Seit mehr als 10 Jahren soziales Gewissen

Seit gut zehn Jahren engagiert sich die Städteinitiative Sozialpolitik in der Sozialpolitik aus der Sicht der Städte. Sie tut dies aus der Tatsache und aus der Erfahrung heraus, dass gut 70 Prozent der Schweizer Bevölkerung in Städten lebt und dass die Städte als eigentliche Seismographen von Gesellschaft und sozialen Fragestellungen funktionieren.

Entstanden ist die Städteinitiative Sozialpolitik als eigentliche Warnerin, als soziales Gewissen. Sie zeigt deutlich auf, wo und wie die sozialen Probleme drücken, wo und wie die Städte als unterste Staatsebene von der Politik von oben belastet werden. Noch heute hat sie diese Funktion. Und vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen und staatspolitischen Fragestellungen wird sie weiterhin laut und deutlich ihre Stimme erheben.

Eine breit angelegte Integrationspolitik

Allerdings gehen die Ansprüche an eine präventive Sozialpolitik über diese seismographische Funktion hinaus. Gefordert ist heute eine Sozialpolitik, die nicht einfach Lücken stopft, sondern der sozialen Nachhaltigkeit verpflichtet ist. Und dies kann nur eine Sozialpolitik sein, die im Sinne von Prävention die gesellschaftliche Integration fördert:

- Existenzsicherung und Integration mittels Arbeit für alle jene, die in irgendeiner Form an der Arbeitswelt – ob im ersten oder zweiten Arbeitsmarkt – teilhaben können.
- Soziale Integration unter Einschluss der Existenzsicherung für alle jene, denen es nicht möglich ist zu arbeiten.

Diese Integrationsziele lassen sich nur im Verbund erreichen:

- Sozial-, Gesundheits-, Bildungs-, Kultur-, Wirtschafts- und Finanzpolitik müssen enger zusammenarbeiten und vernetzter handeln.
- Bund, Kantone sowie Städte und Gemeinden müssen besser und koordinierter zusammenarbeiten.
- Das System der Sozialen Sicherheit – Taggeldversicherungen, Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe, Invalidenversicherung usw. – muss zentraler koordiniert und gesteuert werden.

Die Mitglieder der Städteinitiative Sozialpolitik haben die Strategie 2015 am 9. November 2007 verabschiedet und geben damit den Impuls für eine breite, sachliche und zukunftsorientierte sozialpolitische Debatte.



Ruedi Meier
Stadtrat/Sozialdirektor der Stadt Luzern
Präsident Städteinitiative Sozialpolitik

Was bisher gelungen ist: Zwischenbilanz und Ausblick

Die Stimme der Städte stärken – das Soziale positionieren: Diesem Ziel ist die Städteinitiative Sozialpolitik durch ihr Wirken näher gekommen. Manches ist erreicht, vieles bleibt noch zu tun.

Die Zwischenbilanz im Rückblick auf mehr als ein Jahrzehnt Städteinitiative Sozialpolitik fällt positiv aus:

- Mit der Gründung der Städteinitiative Sozialpolitik gelingt die kontinuierliche Vernetzung der kommunalen Sozialpolitik und eine Verbesserung der Position auf Bundesebene.
- Zu Beginn eine lose Arbeitsgemeinschaft von einigen Städten, ist die Städteinitiative seit 2004 eine Sektion des Städteverbandes, welche die sozialpolitischen Anliegen ihrer Mitglieder und der Städte vertritt.
- Die Empfehlungen der Städteinitiative Sozialpolitik werden 1997 vom Konsultativorgan der Interdepartementalen Arbeitsgruppe „Finanzierungsperspektiven der Sozialversicherungen (IDA FiSO) 2“ aufgenommen.
- Bei der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen ist die Städteinitiative im Bereich der sozialen Sicherheit von Anfang an vertreten und kann das kommunale Wissen einbringen.
- Mit ihren Positionen im Kerngeschäft Familienpolitik leistet die Städteinitiative Sozialpolitik wichtige Beiträge zur familienpolitischen Debatte: Postulate zur Familienpolitik (2000), 4-Säulenmodell der Familienpolitik (2001), Tagung zum Armutsrisiko Kinder (2001), Vernetzung mit der EKFF und Anregung, die familienpolitischen Kräfte zu bündeln (2001) und ist seit 2002 als Mitglied der Perspektive Familienpolitik⁴ in der nationalen Familienpolitik engagiert.
- Im Kerngeschäft Sozialhilfe positioniert sich die Städteinitiative laufend zu aktuellen Trends und Herausforderungen, jüngste Beispiele: Existenzsicherung im Föderalismus (SKOS-Studie) (2003), Anreizsysteme in der Sozialhilfe (2004), Junge Erwachsene (2005), berufliche Integration (2005 und 2006), soziale Integration (2006).
- Zur Arbeitsintegration aus der Sozialhilfe sucht die Städteinitiative Sozialpolitik den Dialog mit der Wirtschaft und organisiert im Herbst 2005 zusammen mit dem Schweizerischen Arbeitgeberverband die – auch von der Wirtschaftsseite gut besuchte – Konferenz: „Arbeitsintegration: Gemeinsame Probleme gemeinsam lösen“.
- Vor Ort suchen die Städte die direkte Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und tauschen untereinander ihre Erfahrungen aus (Konferenz 2006 Arbeitsintegration: „Zusammenarbeit von Wirtschaft und Sozialhilfe – Massnahmen und Erfahrungen der Städte“).
- Mit beratender Stimme hat die Städteinitiative Sozialpolitik Einsitz in ständigen Gremien wie der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren und Sozialdirektorinnen (SODK), bei der Vernetzung von Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) und SODK, in der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen, in der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK). In verschiedenen sozialpolitisch relevanten Projekten arbeiten Delegierte der Städteinitiative Sozialpolitik mit: In den nationalen Projekten IIZ-Mamac (Medizinisch-ArbeitsMarktliche Assessments mit Case Management), erwerbsabhängige Steuergutschriften, Bundesrahmengesetz Kinder- und Jugendpolitik, in der Umsetzung der Asylgesetzgebung, in der Arbeitsgruppe PAVO (Revision der Pflege und Adoptionsverordnung) sowie der Leitungsgruppe „Gesamtschweizerische Strategie zur Bekämpfung der Armut“ des Bundesamtes für Sozialversicherungen BSV.

- Zu diversen aktuellen Themen wird die Städteinitiative an Hearings von Parlamentarier/-innen-Gruppen und Kommissionen eingeladen und kann dort ihre sozialpolitischen Positionen und Anliegen zu vertreten.
- Mit dem seit 1999 jährlich erscheinenden „Kennzahlenvergleich Sozialhilfe in Schweizer Städten“ leistet die Städteinitiative Sozialpolitik wesentliche Vorarbeit für die Entwicklung einer gesamtschweizerischen Sozialhilfestatistik des Bundes.
- Zweimal jährlich führt die Städteinitiative Sozialpolitik Konferenzen zu aktuellen sozialpolitischen Themen durch, die dem Informationsaustausch, der strategischen Diskussion, der Vernetzung unter den Städten sowie der Allianzenbildung mit Partnerorganisationen dienen.

Auf Bundesebene sind mit dem Artikel 50 Bundesverfassung und der Tripartiten Agglomerationskonferenz Instrumente geschaffen worden, welche den Städten und Gemeinden mehr Gehör verschaffen. Der Koordinationsauftrag des Bundes für Agglomerations- und Integrationspolitik ist neu und weist in die richtige Richtung. Erste Schritte, die zu begrüssen sind. Weitere müssen folgen.

Die Strategie 2015 schreibt die bisherigen Positionen⁵ der Städteinitiative Sozialpolitik fort und geht - mit Blick auf kommende Generationen – einen Schritt weiter. Sie öffnet den bisherigen Fokus über die Sozialhilfe hinaus, schlägt eine neue, umfassende Definition von Integration vor, skizziert eine präventive Sozialpolitik mit den gleichwertigen Pfeilern Existenzsicherung und Integrationsförderung und stellt diese Strategie zur Diskussion.

Prävention, Früherkennung und Frühintervention sind die Erfolgsfaktoren für die Umsetzung einer nachhaltigen Sozialpolitik. Weitere Erfolgsfaktoren sind die verbindliche Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure, Wirkungsorientierung und Koordination.

Die Städte stellen nicht nur Forderungen, sie sind Gestalterinnen einer nachhaltigen Sozialpolitik und nehmen in erster Linie sich selber in die Pflicht. Die Städte werden auch in Zukunft ihren Beitrag leisten und neue Probleme innovativ lösen. Von Bund und Kantonen erwarten sie Unterstützung bei der Umsetzung. Und ein Bekenntnis von Bund und Kantonen zu einem kooperativen Föderalismus⁶, der auch die Städte umfasst. Denn es braucht den partnerschaftlichen Einbezug der Städte durch Bund und Kantone, wenn es heisst: Sozialpolitik öffnen und vernetzt handeln.

Die Städte am Puls der Zeit: Sozialpolitische Herausforderungen

Sozialpolitik in Zukunft: Nicht ohne die Städte

In den Städten werden soziale Brennpunkte zuerst sichtbar. Hier konzentrieren sich die Probleme, hier entsteht Handlungsbedarf. Die Städte wirken als Seismografen der sozialen Wirklichkeit. Im Zugzwang handeln – vor Ort innovativ wirken, um neuen Herausforderungen zu begegnen: Nicht selten übernehmen die Städte in der Sozialpolitik eine Pionierrolle.

Die Städte verfügen über ein hohes Innovationspotenzial und sind bereit, ihr Expertenwissen bei Bund und Kantonen einzubringen. Nicht bereit und auch nicht in der Lage sind die Städte, neue – strukturelle - Problemstellungen im Alleingang zu lösen und gleichzeitig Kostenverlagerungen von übergeordneter Ebene zu tragen.

Zur Umsetzung einer nachhaltigen Sozialpolitik als Verbundaufgabe braucht es die verbindliche Zusammenarbeit aller Akteure und eine ausgewogene Lastenteilung.

Polarisierung: Die Debatte versachlichen

Die sozialpolitische Debatte verläuft polarisierend. Das Thema des Missbrauchs dominiert. Ursachen und Lösungen sozialer Probleme werden zunehmend im Einzelfall, beim Individuum gesucht. Strukturelle Lösungsansätze fehlen weitgehend, Prävention ist kaum Thema.

Es ist nicht zielführend, wenn die Systeme der Sozialen Sicherheit generell so dargestellt werden, als ob sie ihren gesetzlichen Auftrag unsorgfältig und unprofessionell vollziehen würden. Wenn anhand von Einzelfällen von Missbrauch gleich alle Bezügerinnen und Bezüger von Sozialleistungen des Missbrauchs verdächtigt werden. Wenn – wie in der Forderung nach struktureller Sanierung der IV mittels 6. IV-Revision⁷ – eine konsequente Bekämpfung des Missbrauchs durch massive Senkung der Rentnerzahlen gefordert wird. Denn dies bedeutet eine generelle Gleichsetzung von Leistungsbezug und Missbrauch. Eine diskriminierende Schlussfolgerung, die in der politischen Debatte nicht zu tolerieren und mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen ist.

Es ist Zeit, die Debatte zu versachlichen und gemeinsam weiter zu denken.

Wachsende Unsicherheit: Prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse meistern

Wachsende Armutsgefährdung macht deutlich, dass ein Teil der Bevölkerung zumindest temporär mit Armut konfrontiert ist. Bezahlte Arbeit gibt es nicht mehr für alle – daran wird auch ein wirtschaftlicher Aufschwung wenig oder nichts ändern, wie die Erfahrungen mit guter Konjunktur jeweils zeigen. Arbeitslosigkeit, vor allem wenn sie länger dauert, kann die Existenz gefährden. Schon nach drei Monaten sinkt die Erfolgchance für die Stellensuche erheblich, nach einem Jahr liegt sie unter 50 Prozent. 2006 war jede fünfte Stellen suchende Person länger als ein Jahr erwerbslos.⁸

Arbeiten lohnt sich nicht in jedem Fall. Das Stichwort working poor steht für Lohnarmut, für Armut trotz Erwerbsarbeit. Kein Einkommen zum Auskommen – das ist nicht neu, sondern eine historische Konstante. Neu ist, dass heute wieder vermehrt Menschen trotz Eigenleistung, trotz Erwerbsarbeit nicht

über die Runden kommen. Oft auch dann nicht, wenn mehrere Personen eines Haushalts arbeiten gehen.

Auch prekäre Lebensverhältnisse können die Existenz und die soziale Integration gefährden: Wenn Familien nicht halten, Eltern ihre Betreuungs- und Erziehungsfunktion nicht wahrnehmen können oder wollen, die Schule nicht in der Lage ist, die Erziehungsdefizite zu beheben, die lokale Sprache nicht verstanden und gesprochen wird, wenn Krankheit und psychische Schwierigkeiten vorhandenes Integrationspotenzial lähmen.

Die Sozialpolitik muss sich auf eine Zunahme prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse einstellen.

Neue soziale Fragen: Antworten gesucht

„Integration vor Rente oder Sozialhilfe“: Diesem Auftrag sind alle verpflichtet – Sozialversicherungen, Sozialhilfe, Leistungsbeziehende. Die Umsetzung ist höchst anspruchsvoll. Und immer öfter auch nicht realistisch. Wenn mit Integration eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt gemeint und die Leistungsfähigkeit eingeschränkt ist.

Der Bedarf nach Massnahmen zur beruflichen Integration hat zugenommen. Gleichzeitig sind die Chancen auf Erfolg für leistungsschwächere Menschen gesunken. Das Anforderungsprofil der offenen Stellen passt oft nicht zu deren Fähigkeiten und Möglichkeiten. Erwerbsarbeit für alle ist und bleibt Illusion.

Wie können Menschen auch ohne Erwerbsarbeit ein sinnhaftes und erfülltes Leben führen? Diese Schlüsselfrage wird sich mit zunehmender Dringlichkeit stellen.

Es braucht eine breite Debatte, um soziale Teilhabe neu zu definieren.

Kinder und Jugendliche: In Förderung investieren

Die Soziale Sicherheit ist an die Lohnarbeit gekoppelt. Sie fokussiert auf die Risiken des Einkommensausfalls wegen Arbeitslosigkeit, Krankheit / Invalidität oder Alter und forciert die Bemühungen zur (Wieder-)Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Mit Beginn der Erwerbsphase setzt die Soziale Sicherheit im Lebenslauf eindeutig zu spät ein. Die Weichen für eine gesicherte Existenz werden früh gestellt. Nur wer ausgebildet, sozial kompetent und psychisch stabil ist, hat gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Diese Schlüsselfähigkeiten werden in Kindheit und Jugend erworben.

Kinder und Jugendliche sind von Armut und Armutsgefährdung besonders betroffen. Ihre Sozialhilfequote ist mit Abstand am höchsten und rund doppelt so hoch wie die Quote insgesamt.⁹ Arme Kinder sind oft unbetreut, wohnen prekär. Sie sind oft psychosozial stark belastet. Sie sind öfter krank und starten häufig schlechter in die Schule als Kinder, die nicht arm sind. Armut und Armutsgefährdung bedeuten für Kinder eine erhebliche Beschränkung ihrer Erfahrungs-, Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten. Je kleiner die Kinder, umso schwerer der Rucksack, den sie im Fall von Armutsbetroffenheit zu tragen haben.

Die Demografie – steigende Lebenserwartung und niedrige Geburtenzahlen – legt einen besonders pfleglichen Umgang mit Kindern und Jugendlichen nahe. Die Chancen auf ein langes Leben in Gesundheit sind ungleich verteilt – Arme sterben früher. Gesundheit ist eine soziale Frage. Nicht nur eine

Frage des Verhaltens, sondern auch der Verhältnisse. Die Lebenserwartung ist abhängig von der Gesundheit. Gesundheit – auch die psychische – ist abhängig von Bildung, Beruf und Einkommen. Die soziale Herkunft bestimmt über Zugangschancen zur Bildung. Geringe Bildung ist ein hohes Armutsrisiko.

Gründe genug, bei Kindern und Jugendlichen für gute Startchancen zu sorgen und ihre Integration aktiv zu fördern.

Was die Städteinitiative Sozialpolitik will: Nachhaltigkeit durch Integration

Prävention: Kommenden Generationen verpflichtet

Nachhaltige Sozialpolitik ist mehr als Existenzsicherung. Sie verfolgt eine doppelte Zielsetzung: Neben der materiellen Sicherung ist die – umfassend verstandene - Integration aktiv zu fördern. Gelingende Integration ist die beste Prävention gegen Ausschluss und Armut. Präventive Sozialpolitik ist ein Sieg im Rennen gegen die Zeit: früh fördern, früh erkennen und früh intervenieren – so ist Integration zu gewinnen.

Eine nachhaltige Sozialpolitik basiert auf den gleichwertigen Pfeilern Existenzsicherung und Integrationsförderung:

- Existenzsicherung: Auffangen von strukturellen Risiken im Rahmen der Sozialen Sicherheit (Armutsbekämpfung).
- Integrationsförderung: Vorausschauendes Gestalten durch aktive Integrationsförderung (Prävention).

Prävention verdient einen hohen Stellenwert. Es gilt zu verhindern, dass verfügbares Integrationspotenzial verspielt wird. Und die kommende Generation die Folgen struktureller Desintegration zu tragen hat.

Integration: Schlüsselbegriff mit Definitionsbedarf

Integration ist für alle Bevölkerungsgruppen Lebensgrundlage und Voraussetzung für sozialen Zusammenhalt. Desintegration – der Gegenpol von Integration – führt zur gesellschaftlichen Spaltung. Wer nicht teilhaben kann an der Gesellschaft, erlebt sozialen Ausschluss, verliert Hoffnung und Perspektiven, Identität und Halt, ist chancenlos. Integrationsprobleme führen zu Benachteiligung, möglicherweise auch für die nächste Generation.

Integration ist ein Schlüsselbegriff der Politik. Je nach Interessenlage und Zielgruppe ist etwas anderes gemeint: Integration für Ausländerinnen und Ausländer, Integration für Menschen mit Behinderungen, berufliche Integration für Erwerbslose mit guten Arbeitsmarktchancen, soziale Integration für alle Anderen. Die Städteinitiative Sozialpolitik plädiert dafür, den Begriff zu erweitern und schlägt aus Sicht der Städte eine breite Definition von Integration vor (vgl. S. 3).

Die Teilsysteme der Sozialen Sicherheit verbuchen in ihrer Statistik jeden Abgang aus ihrem System als erfolgte Integration. Hier sind Fragezeichen berechtigt:

- Die Ablösung aus der Arbeitslosenversicherung wird als Integration verbucht. Auch wenn der Fall nach kurzer Zeit wieder eröffnet werden muss.
- Ausgesteuerte Personen bleiben oft weiterhin arbeitslos, werden aber nicht mehr gezählt.
- Die Ablösung aus der Sozialhilfe gilt als Integration. Auch wenn sie (Mehrfach-)Beschäftigung in prekären Arbeits- und Einkommensverhältnissen bedeutet. Oder eine Verschiebung in die Invalidenversicherung.
- Ein Rückgang der Sozialhilfequote kann durchaus gleichbedeutend sein mit einer Zunahme der working-poor-Quote bzw. der Nichtbezugsquote.

Statistiken zeigen nicht die ganze Wahrheit: Verdeckte Arbeitslosigkeit und verschämte Armut führen zu hohen Dunkelziffern bei Bedarfsleistungen und Sozialhilfe. Ob diese Menschen, nur weil sie von der Statistik nicht erfasst sind, in jedem Fall integriert sind, ist zu bezweifeln.

Integrationspolitik: Mehr als Ausländerpolitik

Zur Debatte gestellt wird eine Integrationspolitik, die sich nicht an der Unterscheidung des Status Ausländer/-in oder Schweizer/-in orientiert, sondern am Status Einwohner/-in.

Integrationspolitik wirkt gegen Armut. Von Armutsrisiken sind Ausländerinnen und Ausländer besonders, Schweizerinnen und Schweizer immer häufiger betroffen. Zu Recht stellt der Integrationsbericht des Bundes vom Juli 2006 fest: „Mangelnde Integration stellt sich in erster Linie als ein Problem derjenigen Personen dar, welche infolge geringer wirtschaftlicher Ressourcen, bildungsmässiger und beruflicher Qualifikationen, gesundheitlicher oder familiärer Schwierigkeiten vom gesellschaftlichen Ausschluss bedroht sind. Diese Desintegrationsrisiken können sowohl ausländische wie schweizerische Personen und Personengruppen betreffen.“¹⁰

Gefordert sind Massnahmen zur Integration in den Regelstrukturen Schule, Berufsbildung, Arbeitsmarkt, Gesundheitspolitik, Soziale Sicherheit: Strukturelle Integration soll den Zugang zu diesen Bereichen gewährleisten. Damit ist eine Vernetzung von Integrations- und Armutspolitik unabdingbar: Die Massnahmen des Bundes zum Abbau von Integrationshemmnissen sollen die Bereiche Existenzsicherung (Armutsbekämpfung) und aktive Integrationsförderung (für alle Einwohner/-innen) umfassen.

Gefordert ist eine umfassende Sicht von Integration, eine Öffnung, die über die sektorielle Perspektive hinausgeht. Integration steht für gesellschaftliche Beteiligung, Verbindung, emotionale Bezüge, Zugehörigkeit und Akzeptanz, Anerkennung, Gleichwertigkeit trotz Unterschiedlichkeit. Wenn diese Grundbedürfnisse gelebt werden können, ist Integration das Ergebnis.¹¹

Eine Reduktion von Integrationspolitik auf Ausländerpolitik greift zu kurz.

In die Schweiz wandern zunehmend gut qualifizierte Ausländerinnen und Ausländer ein. Sie finden nach ihrer Ankunft in der Schweiz rasch den beruflichen und sozialen Anschluss¹². Gleichzeitig haben immer mehr Schweizerinnen und Schweizer sowie Ausländerinnen und Ausländer Integrationsprobleme. Sie fühlen sich von der Gesellschaft abgehängt und vom Arbeitsmarkt nicht gefragt: Leistungsschwache Jugendliche, Menschen mit psychischen und psychosozialen Problemen, working poor und Langzeitarbeitslose.

Integrationsförderung heisst: Jenen Menschen Chancen eröffnen, denen der Zugang zu Gesellschaft Beteiligung und Beschäftigung erschwert ist – unabhängig von deren Staatsangehörigkeit.

Desintegration: Nicht in Kauf nehmen

Desintegration schlägt mit hohen Folgekosten zu Buche: Kosten zur Behebung von Bildungslücken und mangelnde soziale Kompetenz, Platzierungskosten in Heimen und Sonderstrukturen, Folgekosten von Verschuldung, Krankheitskosten, Kosten für Quartierentwicklung in sozialen Brennpunkten, Folgekosten von Vandalismus und Gewalt, Folgekosten mangelnder Vorsorgefähigkeit. Nicht in Franken und Rappen zu messen sind die gesellschaftlichen Folgekosten.

Desintegration vermeiden, Integration fördern lohnt sich – für alle.

Integration hat bei der Revision der Sozialwerke höchste Priorität – gemeint ist jeweils die berufliche Integration. Die soziale Integration kommt zu kurz. Obwohl ihre Förderung beste Prävention ist. Die Vorschläge zur Revision der Arbeitslosenversicherung setzen eine Verbindung zum ersten Arbeitsmarkt voraus. In der Umsetzung der 5. IVG-Revision wird nur dort in Eingliederungsmassnahmen investiert, wo die Erfolgchancen gut stehen. Ausgangspunkt ist ein „ausgleichender Arbeitsmarkt“ – ein rein theoretisches Konstrukt, wonach alle nachgefragten Stellen auch tatsächlich vorhanden sein sollten.¹³ Das Soziale bleibt der Sozialhilfe und den Städten überlassen. Und die Sozialhilfe selber konzentriert ihre Kräfte auf die Personen, die eine Chance auf berufliche Integration haben. Die anderen, leistungsschwächeren Menschen haben das Nachsehen. Mit dieser Prioritätensetzung wird Desintegration in Kauf genommen.

Die einseitige Investition in Massnahmen zur beruflichen Integration zu Ungunsten der sozialen Integration ist zu überdenken.

Pfeiler einer nachhaltigen Sozialpolitik: Existenzsicherung...

Mit Fakten gegen Vorurteile antreten

Die Missbrauchsdebatte macht nicht bei der Sozialhilfe halt. Unter starken Legitimationsdruck geraten sind auch die Sozialversicherungen. Die Gesetze werden in hoher Frequenz revidiert. Die Ziele: Den Zugang zum Leistungsbezug erschweren, Kontrollen ausbauen, Sanktionen verschärfen, Ablösungen aus dem System beschleunigen. Die härtere Gangart bei den Sozialversicherungen zeigt sofortige Wirkung. Und Nebenwirkungen: So ist zu gewärtigen, dass sinkende Fallzahlen bei den Sozialversicherungen bei gleichbleibender Problemlage zu steigendem Aufwand in der Sozialhilfe führt. Und damit zur weiteren Belastung der Städte. So wird sich der politische Druck auf das letzte Netz der Sozialen Sicherheit, die Sozialhilfe weiter verstärken.

Die Sozialhilfe ist mit Vorurteilen konfrontiert, die oft auf Unkenntnis der Sachlage beruhen. Hier besteht Informations- und Kommunikationsbedarf. „Die Entwicklung der Sozialhilfe-Fälle ist durch gesellschaftliche, demografische und wirtschaftliche Megatrends bestimmt, womit auch die Debatte über den zu largen Vollzug oder den Missbrauch der sozialen Einrichtungen eine Relativierung erfährt. Die Lösung der Fürsorgeprobleme, so zeigt sich, dürfte in vielen Fällen ausserhalb des Kompetenzbereichs der Sozialhilfe liegen.“¹⁴

Es gilt aufzuzeigen, was die Sozialhilfe selber steuern kann und wie sie funktioniert. Sozialhilfe ist ein öffentlich-rechtlicher Auftrag, den die Städte und Gemeinden vollziehen. Die Organisation der Sozialhilfe wird laufend optimiert. Professionalität hat höchsten Stellenwert in allen Bereichen der Sozialhilfe: In der Abklärung der Bezugsberechtigung, in der Ausrichtung der wirtschaftlichen Hilfe, in der Kontrolle, in der Sanktion von missbräuchlichem Leistungsbezug. Der Vollzug von Richtlinien und Verordnungen erfolgt nicht willkürlich und zufällig, sondern mit System. Die Professionalität der Sozialarbeit beschränkt sich nicht auf Abklärung, Vollzug und Ablösung. Sie misst sich auch an der systematischen Hilfe mit dem Ziel, Menschen wieder zu selbständiger Existenzsicherung ohne staatliche Unterstützung geleiten zu können.

Sozialhilfe hat einen gesellschaftlichen und gesetzlichen Auftrag. Es gilt, proaktiv und professionell zu kommunizieren, wie die Sozialhilfe arbeitet: Welches ist der Auftrag der Sozialhilfe, welche Faktoren kann sie steuern, wo erzielt sie Erfolge, wo liegen die Probleme. Hier braucht es mehr Information.

Mit Frühwarnsystemen Zeit gewinnen

Desintegration verhindern heisst ihren Beginn wahrnehmen und rechtzeitig handeln. Früherkennung braucht Beobachtung, Berichterstattung, Kontinuität. Im Gegensatz zu anderen Ländern ist die Sozialberichterstattung in der Schweiz kaum ausgebaut. Auch hier müssen die Städte nicht auf Bund oder Kantone warten, um handeln zu können. Die Städte sind prädestiniert für die Einrichtung von Frühwarnsystemen. Es braucht ein Monitoring für Quartierentwicklung und die Analyse zu Handen von Politik und Praxis. Das heisst auch, dass die Sozialarbeit mobiler werden muss und nicht nur im Büro stattfinden kann. Nahe bei den Problemen können Berichte in praktische Massnahmen umgesetzt werden.

Mit nachhaltiger Budgetierung Kostenwahrheit schaffen

Auch bei guter wirtschaftlicher Entwicklung wird das Spannungsfeld zwischen sozialpolitischem Handlungsbedarf und finanzpolitisch engem Spielraum bestehen bleiben. Die zur Verfügung stehenden Steuergelder müssen optimal und damit nachhaltig verwendet werden. Nachhaltigkeit ist ein Gebot der Stunde und Verfassungsauftrag (Artikel 73), mit dem die Städte und Gemeinden stark gefordert sind: Die wirtschaftliche, soziale und ökologische Verträglichkeit einer Investition muss erfasst, optimiert und budgetiert werden können. Nachhaltige Budgetierung berücksichtigt Folgekosten von Investitionen sowie deren Folgeerträge. Der Zeithorizont wird mittel- und langfristig ausgelegt.

Bei der nachhaltigen Budgetierung wird der Fokus weg von einer reinen Kostenorientierung hin zur Erfassung von Nutzen und Wirkung gerichtet und dies über einen längeren Zeitraum. Massstab des Nutzens ist eine hohe Nachhaltigkeit im Vergleich zu Budgetvarianten mit tiefer oder fehlender Nachhaltigkeit. Dadurch entsteht Kostenwahrheit.

Die gleichzeitige Beachtung ökonomischer, ökologischer und sozialer Aspekte bei der Bewertung von Investitionen, Anschaffungen, Produktionen, Dienstleistungen stellt die Behörden und die Verwaltung bei der Budgetierung vor neuartige Aufgaben.

Verschiedene Städte¹⁵ haben Steuerungsgruppen für Nachhaltigkeit eingesetzt und entwickeln Instrumente und Methoden für eine nachhaltige Budgetierung – auch der Sozialhilfe. Diese Erfahrungen sollten auf allen Ebenen – Gemeinden, Kantone, Bund – systematisch ausgetauscht und genutzt werden.

Mit Sozialhilfe Wege aus der Desintegration weisen

Die Sozialhilfe hat in den letzten Jahrzehnten einen tief greifenden Wandel durchgemacht: Von der Fürsorge – insbesondere für Randständige – hin zu einem Auffangnetz für strukturelle Armutsrisiken.

Die Entwicklungen gehen dahin, dass zunehmend Menschen aus der Teilhabe ausgeschlossen werden. Gleichzeitig hat die Sozialhilfe die Last der Langzeitarbeitslosigkeit zu tragen. Die Sozialhilfe muss daher zusammen mit anderen Leistungsträgern und der Wirtschaft Möglichkeiten suchen, der Desintegration entgegen zu wirken. In erster Linie muss sie mit der Arbeitslosenversicherung, der Invalidenversicherung und der Berufsbildung eng zusammen arbeiten und nach Möglichkeiten suchen, die Zusammenarbeit im Einzelfall systematisch zu organisieren. Erste Ansätze dazu bieten die seit längerer Zeit praktizierten interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) und das Projekt MAMAC (medizinisches arbeitsmarktliches Assessment-Center).¹⁶

Parallel dazu muss die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft institutionalisiert werden. Es geht darum, dass die Hemmnisse in den Betrieben abgebaut werden, leistungsschwächere Mitarbeiter anzustellen. Das kann in verschiedenen Formen erfolgen. Beispielsweise durch Trägerschaften, welche die Anstellungsrisiken für die zu integrierenden Personen übernehmen, durch Teillohn-Modelle oder Einarbeitungszuschüsse.

Es ist aber absehbar, dass es nicht gelingen wird, für alle Sozialhilfe Beziehenden, welche arbeitsfähig sind, auch tatsächlich eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu schaffen. Beim besten Willen können viele Sozialhilfe Beziehende den Anforderungen in der Wirtschaft nicht mehr genügen. Für

diese Menschen muss ein Netz an Einsatzmöglichkeiten organisiert werden, das die soziale Integration bewahrt und fördert.

Die Städteinitiative Sozialpolitik bekennt sich zum sozialen Existenzminimum gemäss SKOS-Richtlinien als Referenzgrösse für die Bemessung und Ausrichtung von Sozialhilfe.

Die SKOS-Studien zu Steuern, Transfers und Einkommen in der Schweiz dokumentieren die interkantonalen Unterschiede bei den Steuern, Krankenversicherungsprämien, Mieten, den Kosten für familienergänzende Kinderbetreuung und den einzelnen Sozialtransfers sowie die interkantonal unterschiedliche Praxis in der Anwendung der revidierten SKOS-Richtlinien.¹⁷ Es werden unerwünschte Schwelleneffekte ausgewiesen in jenen Fällen, wo das frei verfügbare Einkommen trotz steigendem Bruttolohn sinkt. Wo die Unterschiede eine Ungleichbehandlung von Personen in gleicher Situation bedeuten, stellen sich gesellschaftliche und politische Grundsatzfragen. Diese Schwelleneffekte stellen ein strukturelles Problem dar, das in den kommenden Jahren unter Einbezug aller beteiligten Systeme zu lösen ist. Die Städteinitiative Sozialpolitik wird sich diesen Fragen - generell und im Hinblick auf die Sozialhilfe – stellen und sich in der Debatte vernehmen lassen.

Die Sozialhilfe muss generell mehr Beratungs- und Coaching-Arbeit leisten. Dabei sollte ein differenziertes Instrumentarium mit verschiedenen Schwellenhöhen eingesetzt werden können. Neben der Sicherstellung der wirtschaftlichen Grundversorgung braucht es spezielle Dienstleistungen, welche bei spezifischen Fragestellungen zum Zug kommen und massgeschneiderte Hilfestellungen vermitteln; so beispielsweise Schuldenberatung, Familienberatung, Hilfe bei der Berufsbildung, Stipendienberatung.

Die Vererbung von Armut und Sozialhilfeabhängigkeit ist real. Damit erhalten Früherkennung und Frühintervention auch in der Sozialhilfe eine hohe Priorität: Die Kinder von Sozialhilfe beziehenden Eltern sollen Perspektiven erhalten, ihre Existenz später einmal unabhängig von staatlicher Hilfe bestreiten zu können. Eine enge Begleitung der Kinder von Sozialhilfe beziehenden Familien soll in Zusammenarbeit mit den Eltern, der familienergänzenden Kinderbetreuung, mit der Schulsozialarbeit, der Gemeinwesenarbeit und der Berufsberatung ermöglichen, dass auf entstehende Problemlagen rasch und kompetent reagiert wird. Investitionen in Früherkennung und Frühintervention sind den Folgekosten einer Vererbung von Armut und Sozialhilfebezug über Generationen hinweg gegenüberzustellen.

Mit Ergänzungsleistungen Armutsrisiken auffangen

Die Soziale Sicherheit zukunftsfähig machen, sie an die neuen Realitäten anpassen: Hierfür stellen die Ergänzungsleistungen zu den Sozialversicherungen ein tragfähiges Modell dar. Sie funktionieren nach dem Bedarfsprinzip. Sie kombinieren Eigenverantwortung und Solidarität. Alle staatlichen Ebenen tragen mit - Bund, Kantone und Gemeinden. Auf neue Herausforderungen kann zielsicher, wirksam und flexibel reagiert werden.

Das Modell Ergänzungsleistungen hat sich bewährt und ist zukunftsfähig. Mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA) haben die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV ihren Status als provisorische Übergangslösung verloren und eine Stärkung erfahren, indem sie nun definitiv in der Bundesverfassung verankert sind.

Ergänzungsleistungen zu den Sozialversicherungen können ungenügende Existenzsicherung und Vorsorgefähigkeit als Folgen neuer, struktureller Armutsrisiken auffangen:

- **Armutrisiko Kinder:**

Familien sind in besonderem Mass von Armut betroffen. Grössere Familien und vor allem Haushalte von Alleinerziehenden haben ein deutlich höheres Armutsrisiko. 2005 beträgt die Armutsquote bei Haushalten mit Kindern 14%.¹⁸

Die staatlichen Leistungen an Familien sind in der Schweiz gering: Kinderzulagen, Steuerabzüge für Kinder, kantonale familienbezogene Bedarfsleistungen und Sozialhilfe an Familien machen rund 7 Milliarden Franken aus. Der Familienlastenausgleich gilt lediglich knapp einen Sechstel der effektiven Kinderkosten ab. Diese belaufen sich unter Einbezug des Zeitaufwands der Eltern auf rund 47 Milliarden Franken. Eine bundesweite Einführung von einkommensabhängigen Familienergänzungsleistungen würde die Armutsquote der Familien in der Schweiz praktisch halbieren.¹⁹

Heute kennt nur die Hälfte der Kantone Bedarfsleistungen für Familien in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen. Diese Systeme sind äusserst vielfältig ausgestaltet. Anstelle von – zum Teil gleichzeitig gewährten – Geburtsbeihilfen, Mutterschaftsleistungen und Familienbeihilfen könnten Ergänzungsleistungen für Familien die Kinder- und Familienarmut mit deutlich kleinerem Verwaltungsaufwand weit wirksamer reduzieren.

Mit Ergänzungsleistungen für Familien ohne existenzsicherndes Einkommen kann Armut und deren Vererbung an die Kinder vermieden werden. Wo Bedarf besteht, ist der niederschwellige Zugang zu Beratung und Begleitung in Ergänzung zu monetären Leistungen zu gewährleisten.

- **Armutrisiko Frühpensionierung:**

Ergänzungsleistungen können durch Überbrückung und bedarfsgerechte Abfederung der Rentenkürzung die Flexibilisierung des Rentenalters gewährleisten. Die Vorschläge des Bundesrates zur Einführung einer Vorruhestandsregelung nach dem Bedarfsprinzip im Rahmen der 11. AHV-Revision sind zu unterstützen: „Die Vorruhestandsleistung ist die Antwort des Bundesrates auf die berechnete Forderung nach einem sozial abgefederten vorzeitigen Ruhestand. Mit der Vorruhestandsregelung soll das bestehende System der Altersvorsorge dort ergänzt werden, wo der soziale und wirtschaftliche Bedarf heute ungenügend gedeckt ist. Die Anspruchsvoraussetzungen sind so ausgestaltet, dass die Personen erfasst werden, welche heute faktisch von der Frühpensionierung ausgeschlossen sind, weil sie die mit dem Vorbezug von Altersleistungen der ersten und zweiten Säule einhergehenden lebenslangen Leistungskürzungen finanziell nicht oder nur schwer verkraften können. Zu dieser Personengruppe gehören insbesondere Personen des unteren Mittelstandes.“²⁰ Die Vorruhestandsleistung ist bedarfsorientiert ausgestaltet und soll nicht in einem neuen Gesetz legislariert, sondern ins Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG) integriert werden.

- **Armutrisiko Pflegebedürftigkeit:**

Das Pflegerisiko ist nicht voraussehbar und kann alle treffen. Ein Heimaufenthalt ist für Personen mit mittleren und kleinen Einkommen eine Existenzfrage. Die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV reichen immer öfter nicht aus, um den Fehlbedarf zu decken. 37.1 Prozent aller Ergänzungsleistungs-Heimfälle in der Schweiz konnten im Jahr 2006 ihren Heimaufenthalt nicht mehr vollumfänglich über Ergänzungsleistungen – inklusive Eigenmittel – finanzieren. Auch das Armutsrisiko Pflegebedürftigkeit konzentriert sich in den Städten, wo der Anteil regelmässig über dem gesamtschweizerischen Durchschnitt liegt.²¹ Dies betrifft auch Personen

aus dem Mittelstand. Die Verwandtschaft und die Sozialhilfe müssen in die Lücke springen und dauerhaft zur Existenzsicherung beitragen.

Die ursprüngliche Zielsetzung des Gesetzgebers ist nicht realisierbar: Das Pflegerisiko voll im Rahmen der obligatorischen Krankenversicherung über die Krankenkassenprämien abzudecken. Auch eine eigenständige Pflegeversicherung – als neuer Sozialversicherungszweig – stellt keinen praktikablen Weg dar.²² Gleichwohl erfordert das Risiko Pflegebedürftigkeit eine bessere Absicherung im Rahmen der Sozialen Sicherheit. Gut ausgebaute Ergänzungsleistungen zur AHV/IV können das Pflegerisiko auffangen. Der Bundesrat hat im Februar 2005 mit seiner Botschaft zur Neuordnung der Pflegefinanzierung²³ diesbezüglich eine Vorlage verabschiedet, die nach Behandlung im Nationalrat im Juni 2007 eine gute Grundlage abgibt, die Pflegefinanzierung im Rahmen der bedarfsorientierten Sozialversicherungssysteme (Ergänzungsleistungen) vollumfänglich zu gewährleisten.

Bis Ergänzungsleistungen zum Schutz gegen strukturelle Armutsrisiken auf Bundesebene eingeführt sind, werden noch einige Jahre vergehen. Zeit, in der die Städte einmal mehr einen Schritt vorausgehen und mit der Ausrichtung von Ergänzungsleistungen auf kommunaler Ebene Armut bekämpfen können.

Mit Koordination gemeinsame Ziele erreichen

Der Auftrag nachhaltiger Sozialpolitik lautet: Existenzsicherung gewährleisten, Desintegration stoppen und verhindern, Integration fördern. Dazu braucht es eine gemeinsame Strategie der beteiligten Akteure. Die Organisation soll sich aus dem Auftrag – nicht aus historischen Gegebenheiten – ableiten. Die vorhandenen Ressourcen müssen wirkungsorientiert und nachhaltig eingesetzt werden. Nicht Transfers nach tagespolitischen Kriterien sind gefragt, sondern eine Gesamtstrategie zur Investition in die Problemlösung.

Eine nationale Strategie gegen Armut und für Integration fehlt. Ein strukturierter Austausch über die soziale Wirklichkeit der Schweiz zwischen den staatlichen Ebenen und den weiteren Akteuren der Sozialpolitik findet zurzeit nicht statt – ist aber dringend nötig. Der Diskurs soll kontinuierlich und unter Einbezug der Städte geführt werden. Es braucht eine nationale, ständige Koordinationsinstanz zur Förderung des Dialogs und zur Vernetzung der Politikbereiche. Für die Gesundheitspolitik²⁴ wurde eine solche Koordinationsstelle eingerichtet – die Einrichtung eines „Triologs Sozialpolitik Schweiz“ ist zu prüfen.

Integration ist das Fundament sozialen Zusammenhalts und erste Zielsetzung für Politik und Gesellschaft. Das gemeinsame Ziel erreichen heisst, Verantwortung auch über die eigene Zuständigkeit hinaus wahrnehmen und zusammen arbeiten. Eine verbindliche Zusammenarbeit der Akteure sowie vertikale und horizontale Koordination sind wichtige Erfolgsfaktoren für eine präventive Sozialpolitik. Sie machen rasches und koordiniertes Handeln erst möglich. Der Zeitgewinn durch rasche Integration rechnet sich dreifach positiv: Für die besser integrierten Menschen, für den sozialen Zusammenhalt, für die Finanzen der öffentlichen Hand. Präventive Sozialpolitik ist Integrationspolitik und Verbundaufgabe.

... und Integrationsförderung

Vernetzung stärken – Integrationschancen nutzen

Neben der Existenzsicherung ist aktive Integrationsförderung der zweite Pfeiler nachhaltiger Sozialpolitik. Zielgruppe sind alle Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz. Wo Integration von selbst geschieht, braucht sie keine Förderung. Wo Integrationshemmnisse bestehen, wo Chancen ungleich verteilt sind, zeigt Förderung hohe Wirksamkeit. Je früher sie einsetzt, desto höher der Präventionseffekt.

Erfolgreiche Integrationsförderung ist beste Prävention, indem sozialpolitisch und volkswirtschaftlich unerwünschte Entwicklungen verhindert werden. Der Schlüssel dazu ist die zielgerichtete Vernetzung der Akteure von Sozialpolitik, Gesundheitspolitik, Bildungspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Kultur- und Sportpolitik, der Agglomerations- und Raumpolitik, der Wohnbau- und Verkehrspolitik auf allen staatlichen Ebenen.

Vor Ort, am konkreten Beispiel kann ein Anfang gemacht werden: In den Städten mit einer vernetzten, strategischen Stadtentwicklung in Richtung Soziale Stadt.

Auf dem Weg zur Sozialen Stadt

Stadtentwicklung ist mehr als Wirtschaftsförderung und Wohnungsbau. Strategische Stadtentwicklung hat Lebensqualität für alle zum Ziel, was heisst: Soziale Integration. Für die Lebens- und Standortqualität in der Stadt sind die verschiedenen Formen des sozialen Zusammenlebens ebenso wichtig wie materielle Ressourcen und die Umweltqualität. Lebensqualität bieten familiäre und nachbarschaftliche Netze, attraktive Quartiere und Vereine, Kultur und Sport sowie Gesundheitsförderung. Die Qualität der sozialen Integration bestimmt, wie sich das Verhältnis zu benachteiligten Menschen gestaltet; wie das Zusammenleben mit der ausländischen Bevölkerung gelingt; ob Konflikte unter Jugendlichen, in Schule und Freizeit konstruktiv gelöst werden oder in Gewalt ausarten.²⁵

Stadtentwicklung kann einen gewichtigen Beitrag zur Integrationsförderung vor Ort leisten. Strategische Stadtpolitik schaut voraus, handelt präventiv und arbeitet vernetzt. Sie bündelt zielgerichtet Massnahmen aller Politikfelder. Gesundheit, Bildung, Arbeiten, Wohnen, Kultur und Sport sowie Soziales leisten ihren Beitrag. Verschiedenste Akteure fördern auf ihre Art und Weise Integration: die Zivilgesellschaft, Freiwillige, private Organisationen, Kirchen, die Wirtschaft und die öffentliche Hand.

Integrationsförderung braucht nicht zwingend einen institutionellen Rahmen. Was sie auf jeden Fall braucht, ist Raum. Soziale Integration hat viel zu tun mit der Möglichkeit, Räume und Freiräume zu nutzen. Mit der Möglichkeit, im Wohnumfeld den Nachbarn zu begegnen. Hier – im Sozialraum – greifen Massnahmen für Integration. Sollen sich Kinder gut entwickeln, sollen sich Jugendliche und Erwachsene mit ihrem Quartier identifizieren, soll sich tragende Nachbarschaft bilden können, sind unwirtliche Quartiere aufzuwerten.

Entscheidend sind Räume für Kinder. Viele Kinder können aufgrund des Motorfahrzeugverkehrs, mangelnder Freiräume oder weit entfernter Spielmöglichkeiten nur in Begleitung Erwachsener aus dem Haus gehen. Diese Kinder verbringen nur halb so viel Zeit im Freien wie Kinder, die unbegleitet draussen spielen können. Sie bleiben im Haus, isoliert von anderen Kindern, oft auch allein, sich selbst und Medienkonsum überlassen. Kinder, die nicht unbegleitet mit anderen Kindern spielen kön-

nen, weisen bereits im Alter von fünf Jahren messbare Defizite in ihrer motorischen und sozialen Entwicklung in Bezug auf ihre Selbständigkeit auf.²⁶

Kinder sollen von Kindern lernen können. Im Wohnumfeld der Quartiere braucht es genügend Freiraum, Raum für Begegnungen und selbstbestimmte Tätigkeiten von Kindern und Jugendlichen. Im Spiel mit Gleichaltrigen wird die lokale Sprache von selbst erlernt. Auch fremdsprachige Erwachsene lernen schneller, wenn der Spracherwerb einen konkreten Bezug zu ihrem Alltag hat. Mit der Schaffung von Begegnungszonen lassen sich mit verhältnismässig geringen finanziellen Mitteln Integrationspotenziale aktivieren. Gleichzeitig erhöht sich die Lebensqualität für alle.

Stadtentwicklung hat die Agglomeration mit einzubeziehen. Die sozialen Problemzonen verlagern sich zunehmend in die Vorstädte. Hier entsteht eine neue Form der Peripherie, bis anhin in der Schweiz unbekannt. Was Desintegration in Vorstädten bewirken kann, zeigen die Gewaltausbrüche in den französischen Banlieues. Der Trend zu boomenden Zentren und unwirtlichen Rändern ist problematisch und muss gestoppt werden. Die Fakten liegen vor, das Planungsinstrument ist entwickelt²⁷ – es kann gehandelt werden.

Betreut und begleitet heranwachsen

Wenn Eltern wegen (Weiter-)Bildung oder Erwerbsarbeit ausser Haus beschäftigt sind, sollen ihre Kinder - kleine und grössere – nicht alleine, sondern betreut sein. Dies ist oft nicht der Fall: Wie der Schweizerische Arbeitgeberverband feststellt, sind 45 Prozent der schulpflichtigen Kinder regelmässig unbetreut.²⁸ Der Bedarf an familienergänzender Betreuung beschränkt sich nicht auf Angebote im Frühbereich. Es fehlt insbesondere auch an altersgerechten Betreuungsangeboten für Schulkinder und Jugendliche der Sekundarstufe I. Kinder, die aufgrund ihrer gesundheitlichen oder familiären Situation einen intensiveren Betreuungsbedarf haben, sollen möglichst früh gezielte Förderung innerhalb der Regelstrukturen erhalten.

Kinder, die in Krippen, Horten oder Tagesschulen betreut werden, erreichen durchschnittlich bessere kognitive und sprachliche Fähigkeiten.²⁹ Besonders dem Erwerb der lokalen Sprache im Vorschulalter kommt für die späteren Integrationschancen eine zentrale Bedeutung zu. Familienergänzende Angebote ermöglichen die bessere Vereinbarkeit von Betreuungs- und Erwerbsarbeit. Als nicht zu unterschätzender Mehrwert werden die Kinder früh gefördert. Sie verbessern damit die individuellen Voraussetzungen für eine gelingende Integration.

In Ergänzung zur institutionellen Betreuung ist die Entwicklung neuer Betreuungsformen vielversprechend: Niederschwellige, nicht bewilligungspflichtige Angebote für stundenweise, unregelmässige Betreuung. Sprich: Spieltreffs und Ferienangebote sowie Anlässe, bei denen für kleine Kinder die Anwesenheit eines Elternteils erforderlich ist. Solche Angebote können unkompliziert im Quartier eingerichtet werden. Sie erfüllen wichtige Funktionen im Bereich der Integration. Diese Betreuungsformen bieten Kontaktmöglichkeiten für Eltern wie Kinder und wirken somit primärpräventiv.³⁰

Früh gefördert – gut gestartet

In der frühen Kindheit liegt der Schlüssel zur Beseitigung von Integrationshemmnissen. Die ersten Lebensjahre sind wegweisend für die Entwicklung von Kindern. Prävention in Form von Gesundheitsförderung, Erziehungsberatung und familienergänzender Betreuung ist gerade im Kleinkindalter höchst wirksam. Deshalb lohnt es sich, den Frühbereich zu stärken. Prävention bedeutet auch: Ent-

wicklungspotenziale wie -defizite bei Kindern und Risikosituationen in Familien frühzeitig wahrnehmen und niederschwellige Interventionen anbieten. Mit Früherkennung und Frühintervention werden Familien gestärkt und Kosten gesenkt. Der Faktor Zeit ist nicht zu unterschätzen: Haben sich soziale, schulische, gesundheitliche Probleme erst einmal verfestigt, werden spezifische Integrationsprogramme in separaten Strukturen notwendig. Dies erfordert ungleich höheren Aufwand für die gleiche Wirksamkeit.

Niederschwellige Angebote für Erziehungs- und Gesundheitsberatung sind über das Vorschulalter hinaus notwendig: Im Schulalter, während der Berufsfindung sowie beim Einstieg ins Erwerbsleben. Viele Eltern sind nicht in der Lage, ihren Kindern auf ihrem Weg und bei den entscheidenden Übergängen - von der Schule in eine Ausbildung, von der Ausbildung in den Arbeitsmarkt – eine stabile Unterstützung zu bieten. Andere nehmen ihre Verantwortung nicht wahr und delegieren sie an Schule und Berufsbildung. Die Verantwortlichkeit der Eltern ist im Bedarfsfall stärker, aber auf angemessene Weise einzufordern.

Seit 1.1.1996 gilt das Mündigkeitsalter 18. Bei Erreichen der Mündigkeit sind die Eltern formell aus ihrer Erziehungsberechtigung und -verantwortung entlassen. Obwohl die Bildungswege länger und Jugendliche nicht von einem Tag auf den anderen erwachsen werden. In der Tat lehnen Eltern nicht selten jede Verantwortung ab, sobald ihre Kinder 18 Jahre alt geworden sind. Auch, wenn die jungen Erwachsenen in Schwierigkeiten sind. Sie bleiben dann sich selbst überlassen. Diesen jungen Erwachsenen mit Rat und Tat zur Seite stehen, niederschwellig und kompetent; sie befähigen, auf eigenen Beinen zu stehen: Das ist wirksame Integrationsförderung, welche die Vernetzung aller Akteure erfordert.

Anschluss schaffen³¹

Nach der Familie ist die Schule der wichtigste Ort, wo Integration stattfindet und gefördert werden kann. Die Chancengleichheit in der Schule ist nicht erreicht – die PISA-Studien haben es gezeigt. Das Ziel bleibt: Alle Kinder sollen eine reelle Chance auf Erfolg in Schule und Ausbildung haben. Es besteht dringender Handlungsbedarf, denn Kinder aus armen Familien sowie Kinder ausländischer Herkunft werden systematisch benachteiligt.³² Die Weichen für den Schulerfolg werden früh gestellt. Deshalb ist gezielte Förderung von Kindern aus bildungsfernen Familien im Vorkinderalter besonders wirksam. Aber auch während der Primarschule und Sekundarstufe I ist sie entscheidend für die spätere soziale und berufliche Integration der Kinder.

Kindern und Jugendlichen Halt geben, wenn dieser in der Familie fehlt. Sonst wird bereits die soziale Integration zur unüberwindbaren Hürde, von der beruflichen Integration ganz zu schweigen. Haltlose Kinder und Jugendliche sind suchtgefährdet und laufen Gefahr, mit Gewalt in Kontakt zu kommen – als Opfer oder als Täter.

Die flächendeckende Einführung von Schulsozialarbeit ermöglicht Integrationsförderung vor Ort mit einfachem Zugang. Mit Schulsozialarbeit kann die Marginalisierung und Aussonderung von gefährdeten Schülerinnen und Schülern aufgefangen werden. Durch frühzeitiges Erkennen und Intervenieren bei auffälligem Verhalten können institutionelle und gesetzliche Massnahmen reduziert werden. Präventiv wirkt Schulsozialarbeit dort, wo sie nicht erst auf Sekundarstufe I, sondern bereits in Primarschule und Kindergarten realisiert ist. Die Verankerung von Früherkennung und Frühintervention in Schule, Freizeit, Betrieben und Gemeinde ermöglicht eine zielgerichtete, koordinierte Unterstützung von gefährdeten Kindern und Jugendlichen.

Unterstützung gefährdeter Jugendlicher braucht es insbesondere beim Übergang von der Schulpflicht in eine Berufsbildung und dann in den Arbeitsmarkt. Mit aktiver Förderung kann ein Scheitern verhindert, können Perspektiven eröffnet werden. Ein verfehlter Berufseinstieg hat nicht selten Folgen für das ganze Leben und kann während Jahrzehnten hohe soziale Kosten für die Sozialhilfe und später die Invalidenversicherung nach sich ziehen.

Alle Jugendlichen sollen eine Grundausbildung absolvieren. Vorausgesetzt sind Kompetenzen: Die lokale Sprache beherrschen, sozial- und selbstkompetent handeln – Fähigkeiten, die je früher, desto einfacher zu erwerben sind. Dieser Erwerb ist bei Bedarf aktiv zu fördern.

Einführung und Ausbau niederschwelliger Grundausbildungen sind voranzutreiben. Der Bedarf ist gross, die Nutzung ist ungenügend – Beispiel Attestbildung. Obwohl die erste Attestbildung (Detailhandelsassistent/in) laut Bundesamt für Statistik 2006 bereits in die Top Ten der Berufsbildungen vorrückte, ist dieser speziell für Jugendliche mit weniger starkem Schulsack geschaffene Berufsbildungstyp noch nicht etabliert. Bei den Neueintritten in die Berufsbildung betrug der Anteil der Attestausbildungen 2006 gerade erst 3 Prozent.³³

Anschluss schaffen - Ausbildung und Erwerbsarbeit für alle Jungen Erwachsenen: Dieses Ziel hat höchste Priorität und ist nur in enger Zusammenarbeit zwischen Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialbereich sowie von Bund, Kantonen und Gemeinden zu erreichen.

Geschätzt an der Arbeit – dank demografischem Druck

Der demografische Wandel steuert die Beschäftigungsstrategie der Wirtschaft. Die jüngeren Jahrgänge werden weniger. Die Belegschaft der Betriebe wird älter. Die Unternehmen stehen vor der Herausforderung, künftig der jüngeren wie auch der älteren Generation einen höheren Stellenwert einzuräumen.³⁴ Für Arbeitgebende heisst das: Einstiegshilfen bieten, Einführungskosten tragen, Laufbahnplanung betreiben, Gleichstellung umsetzen, Familienfreundlichkeit beweisen, Weiterbildung fördern, von Frühpensionierungen absehen.

Mit Hilfe von betrieblicher Sozialarbeit, Gesundheitsförderung und disability-management sowie gezielter Weiterbildung - auch vor der Kaderstufe - können Arbeitnehmende ihre Arbeitsmarktfähigkeit verbessern und erhalten³⁵.

Gelernt ist gelernt, aber nicht immer anerkannt. Leistung anerkennen, auch wenn sie unbezahlt erbracht wird. Bildung anerkennen, auch wenn sie informell erworben ist. Der praktischen Erfahrung einen Wert verleihen – eine strategische Herausforderung an die Wirtschaft. Ausserberuflich erworbene Kompetenzen spielen im Erwerbsleben eine grosse Rolle, werden aber kaum erfasst und bewertet. Untersuchungen zeigen übereinstimmend, dass der Mensch rund 70 Prozent seiner Fähigkeiten und Kompetenzen bei der Arbeit, in der Freizeit, in der Familie, bei Hobbys und bei Nebenbeschäftigungen erwirbt. Nur rund 30 Prozent lassen sich auf die Schule, die Ausbildung, auf Kurse zurückführen. Während es jedoch dafür jede Menge Ausweise, Diplome oder Atteste gibt, existiert für die 70 % noch kaum Entsprechendes – unpassend in der Zeit des lebenslangen Lernens. Modelle zur Validierung von nicht formellen Leistungen stehen bereit zur Umsetzung.³⁶

Selbständig wohnen im Alter und bei Behinderung

Eine verbesserte Integration im Alter kann durch präventive und vernetzte Ansätze der Alters- und Gesundheitspolitik auf kantonaler und kommunaler Ebene erreicht werden.

Alte Menschen und Menschen mit Behinderung wollen möglichst lange selbständig wohnen. Die Vielfalt von Wohnformen ist zu fördern. Die Wahlmöglichkeit muss gewährleistet sein. Zukunftsweisend sind quartierbezogene Wohn- und Betreuungskonzepte, die auf kleinräumige Vernetzung, Integration und Mitwirkung der Bewohnerinnen und Bewohner ausgerichtet sind. Zur Unterstützung des selbständigen Wohnens sind vor allem niederschwellige Alltagshilfen und Assistenzdienste sowie Angebote für soziale Kontakte und Freizeitaktivitäten im Wohnumfeld notwendig.

Das Konzept der integrated care ist weiterzuentwickeln. Das heutige Gesundheitswesen mit seinen Spezialisierungen und Fragmentierungen ist für die Betreuung und Pflege mehrfach kranker Menschen schlecht gerüstet.³⁷ Die gesundheitlichen Probleme dieser Menschen sollten nicht isoliert betrachtet werden, da sie in der Regel mit sozialen, psychischen und funktionellen Ressourcen und Defiziten zusammenhängen. Die Zusammenarbeit zwischen stationären und ambulanten medizinischen Dienstleistungen ist zu fördern. Ebenso die Koordination von sozialmedizinischen und pflegerischen Interventionen. Mit dem Konzept integrated care ist eine solche vernetzte und koordinierte Gesundheitsversorgung gemeint.

Sozialpolitik öffnen und vernetzt handeln – Strategie 2015

Zur Debatte gestellt: Strategie für eine nachhaltige Sozialpolitik

Die Städteinitiative Sozialpolitik

- will mit der Strategie 2015 eine breite Debatte über die soziale Wirklichkeit in der Schweiz anstossen
- will einen Beitrag zur Versachlichung der Debatte leisten
- plädiert mit der Strategie 2015 für eine präventive Sozialpolitik, die der Integration verpflichtet ist
- setzt sich für einen umfassenden Integrationsbegriff ein. Integration heisst: Berufliche, soziale und kulturelle Integration von Ausländer/-innen und Schweizer/-innen
- plädiert mit der Strategie 2015 dafür, die Pfeiler Existenzsicherung und Integrationsförderung – Armutsbekämpfung und Prävention – gleich stark zu gewichten
- plädiert mit der Strategie 2015 für neue und verbindliche Formen der Zusammenarbeit und Koordination: Präventive Sozialpolitik ist eine Verbundaufgabe und erfordert vertikale (zwischen Bund, Kantonen und Kommunen) und horizontale Zusammenarbeit (zwischen Städten, Gemeinden und Regionen).

Leitlinien der Städteinitiative Sozialpolitik

Die Globalisierung stellt grosse Herausforderungen an die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Seit Beginn der 1990er Jahre setzt die Politik hier den Schwerpunkt.

Die Politik ist gefordert, sich in gleicher Weise mit den sozialen Herausforderungen von Globalisierung, wirtschaftlichem und sozialem Strukturwandel auseinanderzusetzen.

Zu Recht stellt der Direktor des Bundesamts für Sozialversicherungen anfangs 2007 fest: „Nicht die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft steht primär auf dem Spiel, sondern der soziale Zusammenhalt, den der Europarat umschreibt als, die Fähigkeit einer Gesellschaft, das Wohl aller Einwohnerinnen und Einwohner zu sichern, Disparitäten bestmöglich auszugleichen und eine Polarisierung zu vermeiden.“³⁸

Dem sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft ist Sorge zu tragen.

Armut und Armutsgefährdung, mangelnde Integration und ungenügende Vorsorgefähigkeit haben seit anfangs der 1990er Jahre auch in der Schweiz stark zugenommen. Ihre Ursachen liegen in strukturellen Risiken als Folge des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels. Diese strukturellen Risiken werden vom System der Sozialen Sicherheit nur ungenügend abgedeckt.

Strukturelle Armutsrisiken sind Realität und als solche anzuerkennen.

In der politischen Debatte werden die strukturellen Ursachen von Armut weitgehend ausgeblendet. Die Verantwortung für Notlagen wird beim Einzelfall verortet. Eine rein individualisierende Optik führt leicht zur pauschalen Schuldzuweisung und einem generellen Missbrauchsverdacht gegenüber betroffenen Menschen.

Generelle Schuldzuweisungen sind nicht zu tolerieren.

Der Trend zum aktivierenden Sozialstaat ist bereits legifert: Die Eigenverantwortlichkeit wird betont. Mit Druck und Sanktionen soll die (Wieder-)Eingliederung in den Arbeitsmarkt mit allen Mitteln erreicht werden. Dabei erodiert das Normalarbeitsverhältnis in eine Vielfalt von atypischen – mitunter auch prekären – Arbeitsverhältnissen. Gleichzeitig sind immer mehr Menschen am Arbeitsmarkt nicht gefragt. Hier liegt eine Diskrepanz.

Die Arbeitsmarktpolitik muss die dringliche Notwendigkeit von Investitionen in die berufliche und soziale Integration anerkennen.

Armut, mangelnde Integration und ungenügende Vorsorgefähigkeit generieren hohe Kosten. Volkswirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Folgekosten belasten die kommenden Generationen. Sozialleistungen stiften Nutzen. Sie beheben Notlagen und fördern die Integration.

Wirkungsorientierte Sozialleistungen sind Investitionen mit Sparpotenzial, das weit über die ökonomische Dimension hinausreicht.

Es braucht den Sozialstaat. Mit klarer Zielformulierung, genügend Ressourcen, um die Ziele zu erreichen und der verbindlichen Zusammenarbeit aller staatlichen Ebenen. „Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen“ steht in der Präambel der Bundesverfassung. Die Qualität des Sozialstaats misst sich nicht an der Höhe von Transferleistungen, sondern an seiner Integrationskraft.³⁹

Nur eine mehrheitlich als sozial gerecht empfundene Gesellschaft wird auf Dauer die Integrationskraft aufweisen, die sie zur Bewältigung des raschen Strukturwandels in hohem Masse benötigt.

Sozialer Zusammenhalt ist das Ergebnis nachhaltiger Sozialpolitik. Das Soziale steht als zentraler Wert für sich und ist umfassender Begriff für Prozesse und Strukturen innerhalb des Gemeinwesens.

Das Soziale ist keine Restgrösse und nicht nur in Geld zu messen. Der soziale Zusammenhalt ist Bedingung für die Erhaltung des sozialen Friedens.

Die Probleme des Sozialstaates gilt es zu benennen und deren Lösung im Verbund anzugehen. Der Sozialstaat allein kann den sozialen Zusammenhalt nicht gewährleisten.

Sozialer Zusammenhalt kann nur im Verbund von Zivilgesellschaft, staatlichen und privaten Organisationen und der Wirtschaft gelingen.

Ein guter Wirtschaftsstandort ist auch ein guter Lebensstandort. Die Erfahrungen der OECD seit 1980 zeigen keine negativen Auswirkungen der stärkeren steuerfinanzierten Transferleistungen auf das Bruttosozialprodukt.⁴⁰

Wirtschaftliche Effizienz und sozialer Ausgleich sind kein Widerspruch.

Sozialer Ausgleich hat weder Nivellierung oder Gleichmacherei zum Ziel, noch die Abschöpfung hoher Einkommen.

Sozialer Ausgleich fördert die Integration und den sozialen Zusammenhalt. Und damit die Anreize zu Selbstverantwortung und Leistung.

Unter der Voraussetzung der optimierten, zielgerichteten und gesteuerten Zusammenarbeit der Systempartner und der Bereitschaft, in den Aufbau einer systemübergreifenden und -kompatiblen Früherkennung und Frühintervention zu investieren, verfügt die Schweiz über die nötigen Instrumente, die Soziale Sicherheit nachhaltig zu konsolidieren und Integration zu fördern.

Präventive Sozialpolitik ist realisierbar.

Integration – ohne Wenn und Aber

Integration ist für alle Bevölkerungsgruppen Lebensgrundlage und Voraussetzung für sozialen Zusammenhalt. Desintegration – der Gegenpol von Integration – führt zur gesellschaftlichen Spaltung.

Integration heisst: Berufliche, soziale und kulturelle Integration von Ausländer/-innen und Schweizer/-innen.

Integrationsförderung heisst: Jenen Menschen Chancen eröffnen, denen der Zugang zu Gesellschaft und Beschäftigung erschwert ist – unabhängig von deren Staatsangehörigkeit.

Integrationspolitik ist mehr als Ausländerpolitik. Integrationspolitik orientiert sich am Status Einwohner/-in, nicht an der Unterscheidung zwischen Ausländer/-in oder Schweizer/-in.

Von Armutsrisiken sind Ausländerinnen und Ausländer besonders, Schweizerinnen und Schweizer immer häufiger betroffen. Soziale Sicherheit und Integrationsförderung können strukturelle Risiken auffangen.

Integration lässt sich nicht durch den Staat herstellen. Aber mit staatlicher Integrationspolitik können Hemmnisse für Integration abgebaut werden. Die Massnahmen umfassen die Bereiche Schule, Berufsbildung, Arbeitsmarkt, Gesundheitspolitik, Soziale Sicherheit. Integration stellt auch Forderungen an die Betroffenen, z.B. an Ausländerinnen und Ausländer, sich mit den Regeln im Gastland auseinanderzusetzen.

Desintegration kostet zu viel – Investitionen in Prävention und aktive Integrationsförderung lohnen sich. Integrationsförderung ist kein Luxus, sondern Kampf gegen Ausgrenzung und Diskriminierung.

Integration meint nicht Assimilation um jeden Preis, sondern Vielfalt der Lebensweisen. Individualität wird als Teil der Vielfalt anerkannt. Die Städte als Wirtschafts- und Lebensstandorte profitieren von einer hohen Diversität.

Integration ist nicht zu verordnen. Nicht einseitige Anpassung an ein System, sondern kooperative Förderung bringt Unterstützung und Befähigung. Selbstbestimmung, Freiwilligkeit und Selbstverantwortung sind zielführend.

Integrationsförderung berücksichtigt die Tatsache, dass die Integrationspotenziale der Menschen höchst unterschiedlich ausgestaltet sind.

Integration ist nicht Zustand, sondern Prozess. Gelingt Integration schon früh im Lebenslauf, sind die Chancen für Nachhaltigkeit gross. Integrationsförderung für Kinder und Jugendliche zahlt sich aus.

Strategie 2015 der Städteinitiative Sozialpolitik

Die Städteinitiative Sozialpolitik bietet Bund und Kantone ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit an.

Die Städteinitiative Sozialpolitik

- bekennt sich zum kooperativen Föderalismus,
- setzt sich dafür ein, dass die Städte bei den für die kommunale Sozialpolitik relevanten Geschäften und Legiferierungsvorhaben von Anfang an, nicht erst in der Vernehmlassung, einbezogen sind,
- plädiert dafür, dass Städte, die innovative Problemlösungen erarbeiten, bei der Umsetzung angemessene Unterstützung durch Bund und Kantone erfahren.

Die Städteinitiative Sozialpolitik plädiert für eine präventive Sozialpolitik.

Die Städteinitiative Sozialpolitik

- plädiert für eine präventive Sozialpolitik mit den gleichgewichtigen Pfeilern Existenzsicherung und Integrationsförderung,
- greift das Thema Prävention mit Fokus Kinder als neues Kerngeschäft auf,
- kommuniziert ihr Verständnis von präventiver Sozialpolitik als Verbundaufgabe.

Die Städteinitiative Sozialpolitik vernetzt und kommuniziert.

Die Städteinitiative Sozialpolitik

- kann eine präventive Sozialpolitik nicht selber umsetzen und setzt deshalb auf Allianzen und Vernetzung.
- kommuniziert ihre Positionen und sucht den Dialog mit Politik, Fachwelt und Öffentlichkeit.
- kommuniziert die positiven Leistungen der Sozialhilfe für den gesellschaftlichen Zusammenhalt (sozialer Frieden).

Die Städteinitiative Sozialpolitik setzt sich ein für mehr Koordination in der Sozialen Sicherheit.

Die Städteinitiative Sozialpolitik

- setzt sich ein für eine solide Finanzierungsbasis der Sozialen Sicherheit und eine Finanzpolitik, die die hohen Zentrumslasten der Städte anerkennt und ausgleicht,
- setzt sich zur Wehr gegen Kostenverlagerungen zwischen den Systemen der Sozialen Sicherheit zu Lasten der kommunalen Ebene und der Sozialhilfe,
- plädiert für die Einrichtung eines „Triologs Sozialpolitik Schweiz“, analog zur Nationalen Gesundheitspolitik,⁴¹
- postuliert auf Bundesebene ein Rahmengesetz für mehr Koordination und eine einheitliche Steuerung der Systeme der sozialen Sicherheit,
- erachtet die bessere Abstimmung der kantonalen Steuersysteme mit der Sozialhilfe sowie eine verbesserte Koordination der verschiedenen kantonalen bedarfsabhängigen Sicherheitssysteme als zwingend, um negative Schwelleneffekte beim verfügbaren Einkommen zu reduzieren oder aufzuheben,
- setzt sich ein für die Einführung von Ergänzungsleistungen an einkommensschwache Familien.

Die Städteinitiative Sozialpolitik setzt sich ein für Integrationsförderung.

Die Städteinitiative Sozialpolitik:

- greift das Thema Integrationsförderung als neues Kerngeschäft auf.
- schlägt eine Öffnung des Integrationsbegriffs vor.
- postuliert, dass die Reduktion von Integrationspolitik auf Ausländerpolitik zu kurz greift.
- setzt sich ein für die Stärkung aller Familien und die Förderung von Kindern und Jugendlichen.
- setzt sich ein für eine zielgerichtete, koordinierte Unterstützung von gefährdeten Kindern und Jugendlichen.
- unterstützt die interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule der EDK, (HarmoS-Konkordat) vom 14. Juni 2007.⁴²
- unterstützt die Koordinationsbemühungen von EDK, SODK und VDK zur beruflichen und sozialen Integration junger Menschen.⁴³
- setzt sich ein für den verstärkten Einbezug der Sozialplanung in der Stadtentwicklungspolitik.
- sucht den Dialog zum Thema Stadtentwicklung und positioniert das Thema Soziale Stadt als Verbundaufgabe.

Die Städteinitiative Sozialpolitik sorgt für die Balance zwischen Zielsetzungen und vorhandenen Ressourcen.

Die Zielsetzungen der Strategie 2015 sind ambitioniert. Sie beruhen auf dem gestiegenen Stellenwert und der zunehmenden politischen Beachtung der Städte einerseits sowie den steigenden Zentrumslasten andererseits. Die Umsetzung liegt in vielen Bereichen nicht in der Zuständigkeit der Städteinitiative Sozialpolitik.

Für die Umsetzung der Zielsetzungen im Zuständigkeitsbereich der Städteinitiative Sozialpolitik sind entsprechende Ressourcen erforderlich. In jenen Handlungsfeldern, wo sie selber tätig sein kann und will, nimmt die Städteinitiative Sozialpolitik eine Prioritätensetzung vor, die laufend nach politischen Kriterien und vorhandenen Ressourcen angepasst wird. Je nachdem wird das Engagement der Städteinitiative Sozialpolitik unterschiedlich intensiv ausfallen oder es wird darauf verzichtet, aktiv zu werden.

In jedem Fall kommuniziert die Städteinitiative Sozialpolitik proaktiv, kontinuierlich und professionell über ihre Arbeit.

Quellen

¹ <http://www.nationalegesundheit.ch>

² http://www.edk.ch/d/EDK/Geschaefte/HarmoS/harmos_d.html

³ http://www.sodk-cdas-cdos.ch/neu/Dokumente/pdf/Positionspapier_d.pdf

⁴ Die Perspektive Familienpolitik (seit 2002) ist ein Zusammenschluss aus fünf national tätigen Organisationen, die sich im Bereich Familien- und Sozialpolitik engagieren: Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen, Städteinitiative Sozialpolitik, Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, Pro Familia, pro juventute.

⁵ Die bisherigen politischen Positionen der Städteinitiative Sozialpolitik sind einzusehen unter: www.staedteinitiative.ch

⁶ Die Konferenz der Kantonsregierungen KdK hat am 23. März 2007 einen Grundsatzbeschluss gefasst, in Bern ein „Haus der Kantone“ zu beziehen, um den gemeinsamen Auftritt der Kantone in Bundesbern zu stärken. Die KdK betont die Notwendigkeit einer verstärkten horizontalen und vertikalen Koordination im Bundesstaat. NZZ 11.4.2007

⁷ http://search.parlament.ch/cv-geschaefte?gesch_id=20063669: Motion 06.3669 Strukturelle Sanierung der IV mittels 6I. IV-Revision Begründung: „Auch mit der 5. IV-Revision wird die IV jährliche Defizite in der Grössenordnung von 1,5 - 2 Milliarden Franken schreiben. Auch eine Zusatzfinanzierung löst die Probleme der IV nicht. Um die IV strukturell zu sanieren (d.h. ausgeglichene Rechnungsergebnisse zu ermöglichen), ist eine 6. IV-Revision unabdingbar. Dies bedingt eine konsequente Bekämpfung aller, trotz der 5. IV-Revision noch bestehenden Missbräuche, das heisst, eine massive Senkung der Rentnerzahlen. Nur so kann dieses wichtige Sozialwerk auf eine nachhaltige Finanzierungsbasis gestellt werden.“

⁸ NZZ 11.4.07, www.amosa.net

⁹ Kennzahlenvergleiche Sozialhilfe der Städteinitiative unter: www.staedteinitiative.ch

¹⁰ Integrationsbericht 2006:8,

http://www.ejpd.admin.ch/etc/medialib/data/migration/integration/berichte.Par.0001.File.tmp/Integrationsbericht_d.pdf

¹¹ Schmid, Walter (2007). Integration – Eine Herausforderung für die Städte, in: die stadt – les villes 1/07

¹² Das Ausbildungsniveau bei den Neuzuwanderern hat sich stark verbessert. In den letzten zehn Jahren sind zu einem Grossteil ausländische Erwerbspersonen mit einer Ausbildung auf Sekundarstufe II oder Tertiärstufe in die Schweiz eingewandert (76 %). Sie arbeiten oft in hoch qualifizierten Berufen. Bei den Ausländerinnen und Ausländern, die früher zugewandert sind, beträgt der entsprechende Anteil nur 55 %. Medienmitteilung Bundesamt für Statistik 20. Februar 2007

¹³ Tages-Anzeiger 10.4.07

¹⁴ NZZ 3.5.07

¹⁵ zum Beispiel Thalwil http://www.thalwil.ch/dl.php/de/20040813153907/GV+Tripelbudgetierung_12_00.doc download 20.3.2007

¹⁶ Mit dem Projekt MAMAC (medizinisches arbeitsmarktliches Assessment-Center) sollen gemeinsame Strukturen von Sozialhilfe, Invalidenversicherung und Arbeitslosenversicherung geschaffen werden. Innerhalb dieser Strukturen sollen neben den beruflichen Abklärungen auch medizinische Abklärungen ermöglicht werden. Die Ergebnisse der MAMAC sollen für alle drei Leistungsträger Verbindlichkeit haben. Diese Strukturen können zwar nicht über die verbleibenden gesetzlichen Unterschiede von einerseits Bundessozialversicherungen und andererseits kantonal-kommunalen Sozialhilferegeln beseitigen, aber sie stellen eine Grundlage für eine vertiefere, bessere Zusammenarbeit im Einzelfall dar. http://www.iiz.ch/IIZ_Mamac.aspx

¹⁷ Knupfer, Caroline; Bieri, Oliver (2007). Steuern, Transfers und Einkommen in der Schweiz. Aktualisierung und Erweiterung der Studie „Existenzsicherung im Föderalismus der Schweiz“, hg. von der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe SKOS und Knupfer, Caroline; Pfister, Natalie; Bieri, Oliver (2007). Sozialhilfe, Steuern und Einkommen in der Schweiz, hg. von der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe SKOS.

¹⁸ Wenn die Referenzperson zwischen 20 und 59 Jahre alt ist, was normalerweise bei Familien mit Kindern der Fall ist. Auskunft BFS vom 17.4.2007

¹⁹ Zahlen von 1999. Perspektive Familienpolitik (2002). Die Leistungen aller Familien anerkennen. http://www.ekff.ch/c_data/d_Persp_Position_47KB.pdf

²⁰ Botschaft zur Volksinitiative „für ein flexibles AHV-Alter“ vom 21. Dezember 2006, S. 420, Punkt 2.4: <http://www.admin.ch/ch/d/ff/2007/413.pdf>

²¹ zum Beispiel Zürich mit 47.4% für 2006 (37.1% Schweiz) Quelle: Amt für Zusatzleistungen der Stadt Zürich.

²² NZZ 26. März 2005

²³ <http://www.admin.ch/ch/d/ff/2005/2033.pdf>

²⁴ [http://www.nationalegesundheit.ch/main/Show\\$Id=1.html](http://www.nationalegesundheit.ch/main/Show$Id=1.html)

²⁵ <http://www.eusebius-spescha.ch/sozpaed/sozialeIntegration.pdf> und Politique sociale communale: Définition d'un cadre général et mise en oeuvre de celui-ci dans le champ d'activité de la Direction de la sécurité sociale et de l'environnement. Rapport - Préavis Nr. 2005/51 du 11 août 2005. Ville de Lausanne.

²⁶ Hüttenmoser, Marco (2003). Zur Bedeutung des Wohnumfeldes für die Integration junger Familien, in: und Kinder, Nr. 72, S. 12

²⁷ Soziokulturelle Unterschiede in der Schweiz: Vier Indizes zu räumlichen Disparitäten, 1990 bis 2000, Geographisches Institut der Universität Zürich und Bundesamt für Statistik, 2005. Das Planungsinstrument für Politik und Wirtschaft erlaubt es, regionale Unterschiede der Bevölkerungsstruktur auf klein- und grossräumiger Ebene zu erfassen, Tages-Anzeiger 23.11.2005, http://sotomo.geo.unizh.ch/papers/Disp_Tagi05.pdf
<http://www.sotomo.geo.unizh.ch/>

²⁸ Schweizerischer Arbeitgeberverband (2001). Familienpolitische Plattform, S. 7

²⁹ Integrationsbericht 2006: 23. Integrationsbericht : Probleme der Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz. Bestandesaufnahme der Fakten, Ursachen, Risikogruppen, Massnahmen und des integrationspolitischen Handlungsbedarfs. Bundesamt für Migration im Auftrag des Departementvorstehers EJPD Juli 2006.

http://www.ejpd.admin.ch/etc/medialib/data/migration/integration/berichte.Par.0001.File.tmp/Integrationsbericht_d.pdf

³⁰ Report Frühbereich 2005 Stadt Zürich http://www.stadt-zuerich.ch/internet/sd/home/kinder.ParagraphContainerList.ParagraphAdditionalInfo.ParagraphList.0011.File.pdf/Report_Fruehbereich%20Version%2020061116.pdf

³¹ Protokoll der Zukunftskonferenz AMOSA Arbeitsmarktbeobachtung Ostschweiz, Aargau und Zug vom 15. / 16. März 2007 <http://www.amosa.net/dokumente/AMOSA%20Protokoll%20ANSCHLUSS%20SCHAFFEN.pdf>

³² Stellungnahme der EKFF zum TAK-Bericht: Integrationshemmnisse
http://www.ekff.ch/c_data/Pos_0512_47kb.pdf

³³ Medienmitteilung BFS 30. März 2007

³⁴ Nicht umsonst wollen die 13 Arosa-Kantone die Arbeitgeber diesbezüglich in die Pflicht nehmen. NZZ 11.4.07

³⁵ Aktuell bilden sich diejenigen Personen am häufigsten weiter, die am stärksten im Arbeitsmarkt integriert sind. Medienmitteilung BFS 17.4.2007

³⁶ <http://www.valida.ch/>

³⁷ Carigiet, Erwin (2007). Jahresbericht der Schweizerischen Vereinigung für Sozialpolitik SVSP 2006.

³⁸ Rossier, Yves (2007). Soziale Sicherheit und Arbeitsmarkt, in: CHSS 1/2007.

³⁹ Imbusch, Peter (2006). Sozialpolitik und Friedenspolitik, Befunde, Herausforderungen, Perspektiven, in: Wohlstand durch Gerechtigkeit, Deutschland und die Schweiz im sozialpolitischen Vergleich, hrsg. von Erwin Carigiet, Ueli Mäder, Michael. Opielka, Frank Schulz-Nieswandt. Zürich: Rotpunktverlag, S. 397)

⁴⁰ <http://www.svsp.ch/jahresberichte/jubi2006/Lindert-d.pdf>

⁴¹ [http://www.nationalegesundheit.ch/main/Show\\$Id=1.html](http://www.nationalegesundheit.ch/main/Show$Id=1.html)

⁴² http://www.edk.ch/d/EDK/Geschaefte/HarmoS/harmos_d.html

⁴³ http://www.sodk-cdas-cdos.ch/neu/Dokumente/pdf/Positionspapier_d.pdf